

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Jugendaktionstag in Mannheim: Junge Metaller fordern bessere Bildung für alle

- *Bedingungslose Solidarität? – S. 4*
- *AfD paktiert mit Pro NRW und NPD – S. 5*
- *Mannheim: Gemeinschaftsschule schon vergessen? – S. 12*
- *Die Geschichte der Ukraine (Teil 3) – S. 18*
- *Leseprobe: A. Öcalan: „Demokratischer Konföderalismus“
ein Weg zur Lösung der Konflikte im Nahen und Mittleren
Osten? – S. 20*

Ausgabe Nr. 7 am 17. Juli 2014, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, *Venloer Str. 440, 50825 Köln*. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/815343 oder 0178/2877571, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „*Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung*“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln. **Abos:** Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Gewerkschaften zum Mindestlohngesetz

IG Metall: Tarifaufonomie gestärkt

Frankfurt am Main, 3.7. Die IG Metall hat die Verabschiedung des Tarifaufonomiestärkungsgesetzes als einen wichtigen Schritt für eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt bewertet. „Mit dem gesetzlichen Mindestlohn wird endlich eine Grenze des Lohndumpings nach unten gesetzt und die skandalöse Praxis unzumutbarer Löhne deutlich begrenzt. Dies ist ein deutliches Signal für mehr gesellschaftliche Gerechtigkeit“, sagte Detlef Wetzels, Erster Vorsitzender der IG Metall, am Donnerstag in Frankfurt.

Die für 2017 vereinbarte erste Erhöhung des Mindestlohnes und die anschließend nachlaufende Orientierung des Mindestlohnes an die allgemeine Tarifentwicklung seien ebenfalls sinnvoll. Kritik übte Wetzels an den Ausnahmeregelungen insbesondere für Jugendliche und Langzeitarbeitslose: „Gerechte Löhne kennen keine Altersgrenze.“

Mit den ebenfalls beschlossenen Erleichterungen zur Allgemeinverbindlichkeitserklärung und der Öffnung des Entsendegesetzes für alle Branchen könne der Gefahr des ständigen Unterbietungswettbewerbs wirksam entgegen getreten werden, sagte Jörg Hofmann, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. „Für Millionen von Beschäftigten gerade kleiner Unternehmen wird der Gefahr des ständigen Unterbietungswettbewerbs ein wirksamer Riegel vorgeschoben“, betonte Hofmann. Das gelte auch gegenüber Billiganbietern aus dem Ausland. Mit diesen Regelungen stärke der Staat wirksam das Tarifsystem ohne in die Lohnfindung einzugreifen. „Dies ist eine wichtige Schlussfolgerung gegen nachlassende Tarifbindung, auch durch Tarifflicht von Arbeitgebern und schützt damit Beschäftigte vor maßloser Ausbeutung“, sagte Hofmann.

NGG (Nahrung, Genuss, Gaststätten): Endlich!

Berlin – 3. Juli 2014. Als „historischen Tag für die Bundesrepublik“ hat Michaela Rosenberger, Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) den heutigen Beschluss des Bundestages, ab 1. Januar 2015 einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro einzuführen, bezeichnet.

„Die NGG hat seit fast 15 Jahren dafür gekämpft, dass auch in Deutschland eine gesetzliche Lohnuntergrenze eingebracht wird, um die schlimmsten Auswüchse des Lohndumpings zu begrenzen. Für rund vier Millionen Menschen werden die Löhne auf ein Niveau von mindestens 8,50 Euro steigen. Vor allem die Beschäftigten im Gastgewerbe und im Bäckerhandwerk, die aufgrund der geringen Tarifbindung nicht von Tarifverträgen geschützt sind oder zu Niedrigstlöhnen arbeiten müssen, werden davon profitieren.“

Die Gewerkschaft NGG begrüße es, dass 1.600 neue Zollbeamte eingestellt werden sollen, um den Mindestlohn besser kontrollieren zu können.

Ein Wermutstropfen seien die Ausnahmen für Langzeitarbeitslose, junge Erwachsene, Saisonarbeiter und Zeitungszusteller. Hier werde ein Einfallstor für einen neuen Niedriglohnsektor geschaffen, befürchtet die NGG-Vorsitzende.

Dienstleistungsgewerkschaft Verdi: Ein historischer Schritt – Missbrauch muss verhindert werden

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi) wertet die vom Bundestag beschlossene Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns ab 1. Januar 2015 als historischen Schritt im Kampf gegen Armutslöhne. „Es ist ein großer Erfolg für die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, dass der Bundestag mit dem Mindestlohn-

Das ganze Land ein Stadion – Was geht da ab?

Redaktion. Wenn diese Ausgabe der *Politischen Berichte* bei den Leserinnen und Lesern angekommen ist, wird der Überdruß an Nachrichten zum Fußballsport allgemein sein. In der nächsten Ausgabe wollen wir Nachlese halten und in einem ersten Schritt Deutungsmuster zusammenstellen, die im Zuge des Wettkampfs durch die Medien in Umlauf gebracht worden sind. Ziemlich sicher scheint schon jetzt, dass die klassisch nationalistische Interpretation nicht mehr greift. Verbindungen Kampf-Krieg, Opfer-Vaterland usw., wie sie noch vor 50 Jahren die Interpretation bestimmt hatten, sind in den Hintergrund getreten. Heute wird eher der geregelte, eingetragene Wettbewerb gefeiert. Anscheinend eignet sich dieser Sport – anders als etwa das elitäre Polospiel – sehr gut als Schaubühne, auf der die aktuell bestimmenden ideologischen Muster vorgestellt werden können. Aber gehen deswegen die Leute hin? Es ist möglich, die Fan-Kultur, die beachtliche Massen in die Stadien zieht, als Nischenkultur zu verhandeln. Wenn aber mehr als die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung vors Fernsehen geholt wird, ist ein übergreifender Kult entstanden. Wieso? Wozu?

Gesetz endlich Hungerlöhnen ein Ende setzen will“, sagte der Verdi-Vorsitzende Frank Bsirske am Donnerstag nach der Verabschiedung des Tarifautonomiestärkungsgesetzes im Deutschen Bundestag.

Richtig sei auch, dass der Mindestlohn bereits ein Jahr früher als ursprünglich vorgesehen, zum 1. Januar 2017, erstmals erhöht werden könne. – „Nach wie vor nicht akzeptabel ist der Umstand, dass auf Druck der Arbeitgeberlobby und Betreiben von CDU und CSU zwei bis zweieinhalb Millionen Menschen der Mindestlohn zunächst vorenthalten bleibt“, unterstrich Bsirske. Wenn der Mindestlohn nicht für Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten einer Neubeschäftigung gelten sollte, berge dies die große Gefahr, dass Arbeitgeber die Betroffenen nur vorübergehend als Billigkräfte einsetzten und sie nach kurzer Zeit durch andere Langzeitarbeitslose austauschten.

Gleichzeitig würden dadurch nicht tarifgebundene Unternehmen gegenüber tarifgebundenen bevorzugt, weil Tarifverträge durchgehend bereits die 8,50 Euro vorsähen oder in Kürze erreichten. „Das läuft dem Anspruch des Tarifautonomiestärkungsgesetzes zuwider. Hier hat sich die Union zulasten von Millionen Beschäftigten durchgesetzt, denn die Ausnahmen treffen gerade die Schwächsten: Langzeitarbeitslose, Saisonkräfte, Zeitungszusteller, Jugendliche und Praktikanten. So wird der allgemeine gesetzliche Mindestlohn amputiert und in der Folge nur schwer zu kontrollieren sein.“ Weitere Ausbeutung drohe zudem, wenn Arbeitgeber für Saisonkräfte die Bereitstellung von Unterkunft und Verpflegung mit dem Mindestlohn verrechnen dürften. „Wer hier Mondpreise aufruft, um weiterhin Hungerlöhne zahlen zu können, muss auch strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden“, forderte Bsirske.

Völlig aberwitzig sei die gesetzliche Regelung, wonach die Zeitungsverlage für die Zeitungszustellung im ersten Jahr statt 8,50 Euro nur 6,38 Euro pro Stunde und im zweiten Jahr nur 7,23

Euro bezahlen müssten. „Die Zeitungsverleger haben eine tarifliche Übergangslösung kategorisch abgelehnt und werden jetzt aus fadenscheinigen Gründen mit einem Mindestlohn-Ab-schlag belohnt“, so Bsirske.

„Die Auseinandersetzung um die flächendeckende Geltung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns ohne Schlupflöcher geht weiter. Jetzt sind die Länder im Rahmen der Bundesrats-Beratungen gefordert“, sagte Bsirske.

Weitere Stellungnahmen Seite 16

Linke vor den Landtagswahlen im Herbst: „Der Osten braucht eine bessere Politik“

www.die-linke.de Die Spitzenkandidaten der Linken für die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen, Christian Görke, Rico Gebhardt und Bodo Ramelow, geben nach dem Treffen der Ministerpräsident/innen der ostdeutschen Bundesländer die folgende gemeinsame Erklärung ab:

Fast ein Vierteljahrhundert ist seit der friedlichen Revolution in der DDR und dem Fall der innerdeutschen Grenze vergangen. Die Bilanz des Erreichten fällt gemischt aus. Vieles wurde geschafft, vielen ist zu danken, vor allem den vielen Menschen, die über Jahrzehnte den Wandel in den ostdeutschen Regionen gestaltet haben. Vieles ist noch zu tun. Die Arbeitslosigkeit ist im Osten nach wie vor überdurchschnittlich hoch, die Re-Industrialisierung schreitet zu langsam voran, die Gleichberechtigung auf Lohnzettel und Rentenbescheid ist noch nicht erreicht. Die Zukunft des Solidarpakts wird durch viele populistische Äußerungen in Frage gestellt.

Heute herrscht im Osten der Republik eine neue Aufbruchstimmung. An vielen Orten wird die soziale und ökologische Modernisierung bereits gelebt. Hier ist flächendeckende Kinderbetreuung immer noch der Normalfall. Hier werden die Ideen für einen sozialen Arbeitsmarkt geboren und erprobt. Hier sind die Spitzenreiterregionen in

der Produktion erneuerbarer Energien beheimatet. Hier werden bürgernahe und demokratische Antworten auf den demografischen Wandel gesucht. Hier wohnen viele Menschen, die Erfahrung im Umgang mit Wandel und Brüchen haben, hierhin ziehen viele junge Menschen, die von hervorragenden Hochschulen und Universitäten angezogen werden. Die Bundesrepublik wird sich daran gewöhnen müssen, dass der Osten nicht mehr Sorgenkind sondern Vorreiterregion ist.

Es ist Aufgabe der Politik, diese Aufbruchstimmung zu gestalten. Wir brauchen klare Signale für eine bundesweite Geltung des Verfassungsgebots der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Das Prinzip gleiche Arbeit für gleiche Lebensleistung muss endlich auch auf den ostdeutschen Lohnzetteln und Rentenbescheiden verwirklicht werden. Die richtige Antwort auf den demografischen Wandel ist der intelligente Ausbau von sozialer Sicherung und öffentlichen Dienstleistungen. Wir setzen auf kooperative Entwicklung der Regionen statt auf Standortwettbewerb. Auf Bundesebene brauchen wir einen „Solidarpakt III“ für strukturschwache Regionen in Ost und West. Der Länderfinanzausgleich muss den unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen Rechnung tragen. Wir brauchen eine neue Föderalismuskommission, um die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen nach 2019 in dieser Legislatur zu klären. Das Ausspielen Ost gegen West muss der Vergangenheit angehören. Wir erwarten auch von der europäischen Ebene, dass sie den Wandel in den Regionen unterstützt. Die Regionalförderung darf nicht gekürzt oder gar zur Durchsetzung von Privatisierung oder anderer neoliberaler Konzepte missbraucht werden.

Mit einem Satz: der Osten braucht eine bessere Politik, die sich den Herausforderungen der sozialen und ökologischen Modernisierung stellt. Wir streiten für diesen Politikwechsel und wollen ihn nach den Landtagswahlen im Herbst in Verantwortung gestalten.

Vor den Landtagswahlen im Herbst

Sachsen, Wahl am 31. August 2014, jetzige Regierung CDU + SPD

Institut	Auftraggeber	Befragte	Datum	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	NPD	Sonstige
Infratest dimap	MDR	T • 1.000 03.07.–07.07.	10.07.2014	42,0%	13,0%	7,0%	4,0%	21,0%	3,0%	AfD 7 % Sonst. 3 %
Wahlergebnis am 30.8.2009				40,2%	10,4%	6,4%	10,0%	20,6%	5,6%	6,9%

Brandenburg, Wahl am 14. September 2014, jetzige Regierung SPD + Linke

Institut	Auftraggeber	Befragte	Datum	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	PIRATEN	Sonstige
Infratest dimap	RBB, Märkische Oderzeitung	1001 30.05.–02.06.	04.06.2014	28,0%	30,0%	6,0%	–	23,0%	–	AfD 6 % Sonst. 7 %
Wahlergebnis am 27.9.2009				19,8%	33,0%	5,6%	7,2%	27,2%	–	7,2%

Thüringen, Wahl am 14. September 2014, jetzige Regierung CDU + SPD

Institut	Auftraggeber	Befragte	Datum	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	AfD	Sonstige
Infratest dimap	MDR	T • 1.000 09.07.–13.07.	15.07.2014	36,0%	19,0%	6,0%	2,0%	27,0%	4,0%	NPD 2 % Sonst. 4 %
Wahlergebnis am 30.08.2009				31,2%	18,5%	6,2%	7,6%	27,4%	–	9,1%

Quelle: www.wahlrecht.de

Bedingungslose Solidarität?

Letzte Woche vermengten sich auf den Straßen vieler Städte des Bundesgebietes Proteste mit dem Anliegen des Weltfriedens mit Aufrufen zum Holocaust. Die Kritik an den Kriegszuständen, die nunmehr in der unmittelbaren Nachbarschaft der Europäischen Union permanent geworden sind, sucht nach positiven und negativen Bezugspunkten, um hierhin Solidarität und dahin Kritik zu verteilen. Die – positive oder negative – Parteinahme für diese oder gegen eine andere Kriegspartei schafft, man könnte sagen hinterrücks, Allianzen, die jedes Vertrauen in die politische Integrität der Kritiker zersetzen. Der breiten Öffentlichkeit bleibt so nur die Hoffnung, die staatlichen Autoritäten möchten die Kriegsherde löschen oder wenigstens eingegrenzt halten, so dass es wenigstens nicht zum Schlagabtausch zwischen Großmächten und Bündnissen kommt. Die zivilgesellschaftlich basierte Opposition ist in einer solchen Konstellation als wirksame Kraft lahmgelegt. Auf dem Gefechtsfeld Opfer, außerhalb des Gefechtsfelds halbschuldiger Zuschauer.

Die gesellschaftliche Kritik am Krieg als Mittel der Politik ist in diesen Schwächestand geraten, weil das Kriegsgeschehen mit dem Ende der großen Blockkonfrontation sein Gesicht geändert hat. Die klare Scheidung zwischen Krieg und Nicht-Krieg wird

verschwommen. Militärisches Handeln wird politikbegleitend. Gewaltakte werden verübt, um politische Ziele zu unterstreichen. Sie werden nicht mehr einem Ausnahmezustand zugeordnet, sie begleiten den zivilen Alltag. Der Unterschied zwischen Kriegsgebiet und zivil geordnetem Leben wird graduell, dort spricht man von Angriffen, da von Anschlägen. Auch in Ländern, in denen nicht das Kriegsrecht gilt, sondern rechtstaatliche Bestimmungen gelten sollten, sieht sich die Exekutive im Ausnahmezustand und entfernt sich aus den Bindungen der Rechtsordnung.

Inzwischen wird deutlicher, wie diese Situation sich entwickeln konnte. Ein Beobachtung ist, dass politisch legitime Oppositions- oder auch Widerstandsbewegungen nicht in der Lage waren, in von ihnen freigemachten ideellen Räumen oder in gewonnenen Territorien sichere Rechtsräume zu schaffen, so dass der Übergang zu ziviler Verwaltungsorganisation misslang. Anhaltspunkte für diese Meinung liefert die Entwicklung des Kriegsgeschehens in der Ukraine. Die legitime Opposition gegen das durch Korruption und Rechtsbeugung geprägte Regime, die sogenannte Maidan-Bewegung gewann politischen Einfluss, ja sogar Macht, aber diese Bewegung hat Gewaltverbrechen, die aus ihren Reihen heraus begangen wurden, beschönigt,

geduldet, gedeckt und sogar instrumentell eingesetzt. Auf der politischen Ebene hat sie ihre Bereitschaft zur Missachtung der Rechte der Minderheit durch das Gesetz gegen den Gebrauch des Russischen kenntlich gemacht. Die Maidan-Bewegung hat in Europa Sympathien gewinnen können. In der Ukraine haben ihre Übergriffe eine politische Bewegung hervorgerufen, die sowohl mit Blick auf die Methoden – Bandenkrieg – wie mit Blick auf die Ziele – Abspaltung – bestrebt war, der Maidan-Bewegung in nichts nachzustehen. Diese Bewegung hat Sympathie der russischen Öffentlichkeit sowie offene und verdeckte Förderung



Linksfraktion: Spirale der Eskalation muss durchbrochen werden

www.die-linke.de, 11.7. Die Vorsitzenden von Partei und Fraktion der Linken, Katja Kipping, Bernd Riechinger und Gregor Gysi, fordern angesichts der neuen Eskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts entschlossene deeskalierende Schritte der internationalen Gemeinschaft. Sie erklären:

Der Nahe Osten steht an der Schwelle eines neuen Krieges zwischen Israel und den Palästinensern. Die Hardliner auf beiden Seiten drehen unbeirrt an der Spirale der Eskalation. Die Raketenangriffe aus dem Gaza-Streifen richten sich gegen die israelische Bevölkerung, auf zivile Ziele. Israel reagiert völlig unverhältnismäßig mit massiven Bombenangriffen, die stündlich Zivilisten töten und im dicht besiedelten Gaza-Streifen einen humanitären Notstand herauf beschwören. Die israelische Drohung mit einer Boden-Offensive nimmt eine nochmalige Zuspitzung des Konflikts und eine massive Erhöhung der Opferzahlen in Kauf.

Die Raketen auf Israel aus dem Libanon sind ein weiterer Eskalations-

schritt. Beide Seiten untergraben gezielt alle Bemühungen, der palästinensischen und israelischen Bevölkerung den Weg in eine friedliche und stabile Zukunft zu ebnen. Im Unwillen zum Frieden sind sich Hamas-Führung und Netanjahus Regierungskoalition einig. Die großen Verlierer einer Eskalation sind die betroffenen Völker.

Die internationale Gemeinschaft ist gut beraten, beide Seiten nicht durch einseitige Schuldzuweisungen falsch zu ermutigen. Wenn die internationale Gemeinschaft oder wichtige Staaten auf Kritik an einer Seite bewusst verzichten, dann ist das nichts anderes als eine Ermutigung zur Friedensverweigerung.

In diesem Konflikt führt niemand einen gerechten Krieg. Wir dürfen uns weder mit den völkerrechtswidrigen Operationen der israelischen Armee gegen die Bevölkerung im Gaza-Streifen noch mit der Gewalt gegen die israelische Bevölkerung abfinden. Die israelische Besatzungspolitik und der Ausbau der Siedlungen müssen enden. Die Schuldigen für die Ermordung der drei israelischen Jugendlichen und

den Rachemord an einem palästinensischen Jugendlichen müssen gefunden und vor Gericht gebracht werden. Die Friedensformel für die Region ist ein demokratischer, israelischer Staat, der in Frieden und Sicherheit mit einem lebensfähigen, unabhängigen palästinensischen Staat lebt.

Der Weg zu diesem Ziel wird lang. Der erste Schritt ist eine sofortige Waffenruhe zwischen Israel und den Palästinensern. Dies wird nicht ohne massiven internationalen diplomatischen Druck auf beide Seiten möglich sein.

Die internationale Staatengemeinschaft sollte jetzt umgehend den Palästinenserinnen und Palästinensern zubilligen, ihren eigenen Staat als Mitglied der Vereinten Nationen zu organisieren. Dieser Schritt kann aus dem Kreislauf der Gewalt herausführen. Die internationale Gemeinschaft muss Verantwortung für den Friedensprozess übernehmen und die beiden Staaten dabei begleiten, einen sicheren und souveränen Frieden miteinander zu finden.

•

durch den russischen Staat erfahren.

So ist die Ukraine zum Kriegsgebiet geworden, in dem es offenbar nur noch darum geht, welche Seite die ihren länger bei der Stange halten kann. Dieses Gefecht bis zur Erschöpfung der Kräfte entwickelt sich inmitten der zivilen Siedlungen und trifft Nichtkombattanten mit der Wucht des Gefechts, durch Zerstörung der Lebensgrundlagen und Vernichtung der Infrastruktur und, dies vielleicht vor allem, des Vertrauens in die Möglichkeit, miteinander auszukommen. Es kommt zu Fluchtbewegungen. Und es ist die Flucht, die unmissverständlich dokumentiert, dass Bürgerinnen und Bürger mit den kämpfenden Parteien nicht einverstanden sind. – Zu der tragischen Entwicklung der Ukraine trug bei, dass weder der Maidan noch der Anti-Maidan bereit waren, sich auf den Pfad der Entwicklung eines Staatswesens mit stark ausgeprägten föderalen Zügen zu begeben, obwohl sich weder die um die Nato gruppierten Mächte noch die Russische Republik einer solchen Entwicklung hätten entgegenstemmen können. Zwischen dem Unvermögen, die eigene Macht mit Blick auf die Mittel des Kampfes zu zügeln, und dem Unvermögen, sich auf einen politischen Ausweg einzulassen, besteht Stilähnlichkeit. Gerade wenn man davon ausgeht, dass die großen Machtblöcke bestrebt sind, ihre Einflusszonen abzusichern, liegt der Schlüssel zur Beendigung des Mordens bei den unmittelbar in Kämpfe verstrickten Bewegungen. Warum beharren sie auf Kampf? Ein wichtiger Grund ist die moralische Korrumpierung und die Verstrickung in offensichtliche Verbrechen im Zuge der vorausgegangenen Kampfhandlungen. Amnestieangebote auf schwerste Verbrechen werden gesellschaftlich nicht akzeptiert.

Einen Ausweg aus diesem schrecklichen Dilemma hat die erfolgreiche Anti-Apartheid-Bewegung in Südafrika gesucht und vielleicht – denn diese Wunden heilen langsam – auch gefunden. Die Bereitschaft dazu ist aus der Erwartung einer positiven politischen und vor allem wirtschaftlichen Entwicklung erwachsen und natürlich auch aus dem Bewusstsein, dass eine Politik der Abrechnung das Land jeglicher Sympathie der Weltgesellschaft beraubt hätte.

Die Politik der Versöhnung durch Suche nach der historischen Wahrheit ist bisher ein Einzelfall geblieben. Sie setzt die Einsicht voraus, dass die Einmischung der Waffen in die politische Willensbildung eine tragische Fehlentwicklung ist. Stattdessen erleben wir Gewalt- und Kriegshandlungen zur Unterstreichungen politischer Optionen. So hat die Reihe von Provokationen, die zur Entwicklung der gegenwärtigen



gen Gefechts zwischen um die Hamas gescharten Kräften und Israels Armee führte, zur Voraussetzung, dass zwei schwache Kräfte sich in der Wahl ihrer Mittel nicht zügeln. Auf der einen Seite sind das Strömungen, die den Kampf um politische Selbstbestimmung mit dem bewaffneten Kampf verbinden wollen. Auf der anderen Seite sind es Kräfte, die eine territoriale Ausdehnung des Staats- und Hoheitsgebietes Israels durch Vorantreiben der Siedlerbewegung erreichen wollen. Die extremen Flügel beider Seiten haben die Idee der Zwei-Staaten-Lösung nicht aufgegriffen. Der entscheidende Punkt ist, dass sich die Hamas den Aufgaben der zivilen Entwicklung nicht erfolg-

reich gestellt hat. Der großangelegte Raketenangriff auf das Staatsgebiet Israels kann nur das Ziel haben, die relative politische Selbständigkeit Gazas zu opfern und die Konfliktstruktur, die jetzt zwischen Hamas/Gaza und dem Staat Israel besteht neuerlich in einem Kampf ums Ganze zu verwandeln, der Nahrung fände, wenn Gaza neuerlich besetzt würde.

Abschließend muss noch einmal unterstrichen werden, dass Nachdenken über die Konfliktstruktur komplizierter Auseinandersetzungen unumgänglich wird. Weil die Rückwirkung von bedingungsloser Solidarisierung zur Herausbildung von Querfronten führt, braucht es kritische Solidarität, die trotz berechtigter Anlässe für politischen Protest keinen Freibrief hinsichtlich der Wahl der Mittel und – beinahe noch wichtiger – der Ziele ausstellt, sondern diejenigen Diskussionen und Aktivitäten aufsucht und unterstützt, die den Weg zur zivilen Kooperation suchen.

Dies wird dann auch die Maßstäbe liefern, die an das Handeln der eigenen Regierung anzulegen sind. Stichworte sind die Ablehnung des Drohnenkriegs, der gezielten Tötung und positiv, die Pflicht, den Menschen, die den Kriegshandlungen ausweichen wollen, Zuflucht zu bieten. *Martin Fochler*

(Siehe auch S. 22, den Ausschnitt aus einem Buch Öcalans)

Nordrhein-Westfalen nach der Kommunalwahl

AfD paktiert mit Pro NRW und NPD

Die erstmals zur Kommunalwahl in NRW Ende Mai angetretene Alternative für Deutschland (AfD) paktiert in einigen Städten mit Pro NRW, zum Teil auch mit der NPD, bei den Listenaufstellungen für die Besetzung der städtischen Ausschüsse und Aufsichtsräte. Zwar hat Dr. Hermann Behrendt, stellvertretender Sprecher des Landesverbands NRW der AfD, noch kurz nach der Wahl von „gestreuten Verdächtigungen“ gesprochen und „klargestellt“, dass es „keine Zusammenarbeit mit extremistischen Parteien oder Wählergemeinschaften geben (wird), egal ob von rechts oder links“. Doch die Praxis der AfD sieht vor Ort anders aus.

In Duisburg stellt die Ratsfraktion Die Linke in einer Pressemitteilung fest: „Die Partei Alternative für Deutschland (AfD) demaskierte sich bereits in der zweiten Ratssitzung ... Vor der Wahl distanzierte sich die AfD noch von rechtsextremen und neonazistisch orientierten Parteien, nach

der Wahl unterstützten sich AfD, Pro NRW und NPD im Duisburger Rat gegenseitig und mit Erfolg. Sie sitzen zukünftig in fast allen Aufsichtsräten städtischer Gesellschaften und weiteren Sondergremien. Unter dem Deckmantel der geheimen Wahl, beantragt von Pro NRW, spielten sich AfD und Pro NRW die Bälle zu mit Unterstützung der NPD-Ratsfrau. Mal wurden die KandidatInnen der einen Partei, mal die der anderen unterstützt. Die Absprache zwischen NPD, Pro NRW und AfD verlief reibungslos, konkurrierend traten sie nicht auf. Die AfD hat sich damit ins Spektrum der rechts-extremen Parteien als Wolf im Schafspelz eingeordnet. Wenn der ‚Duisburger Konsens gegen Rechts: Wir alle sind Duisburg‘ kein Papiertiger werden soll, wird man sich zukünftig auf diese Zusammenarbeit einrichten und entsprechend reagieren müssen. Dieser Wahlerfolg der Rechten hätte verhindert werden können ... Im Dortmun-

der Stadtrat z.B. gibt es einen engen Zusammenhalt der anderen Fraktionen gegenüber den rechtsextremen Ratsmitgliedern. Ein solches Zusammenstehen wünschen wir uns für die Zukunft auch hier in Duisburg.“ Weil Pro NRW für jede Listenwahl geheime Abstimmung beantragt hat, dauerte

die AfD für den Pro-NRW-Vorschlag und umgekehrt, so dass auch dort die Rechten mit Sitz und Stimme in diversen Ausschüssen und Aufsichtsräten vertreten sind, darunter ausgerechnet im Polizeibeirat und im Integrationsbeirat. Auch in Bochum wurden die anderen Ratsfraktionen kalt erwischt.

Ausschusssitz zu Lasten der grünen Fraktion erwerben. Dadurch kippte die rot-grüne Koalitionsmehrheit in diesem Ausschuss. Da in weiteren Ausschüssen das gleiche Ergebnis drohte, wurde die Wahl der Mitglieder in insgesamt 14 weiteren, noch unbesetzten Ausschüssen vertagt.

Diese drei Beispiele zeigen einen Trend, dass die AfD entgegen aller Ankündigungen zumindest punktuell sehr wohl dazu bereit ist, entweder mit rechtsradikalen und faschistischen Parteien direkt zusammenzuarbeiten oder sich zumindest wählen zu lassen. Dass der rechte Block in diesen Städten so erfolgreich agieren konnte, liegt auch daran, dass die Möglichkeit der rechten Blockbildung unterschätzt wurde. Zudem ist das Wahlverfahren der Kommunalordnung NRW für die Zusammensetzung der Ausschüsse des Rates sehr kompliziert. Kommt kein einheitlicher Wahlvorschlag des Rates zustande, der einstimmig sein muss, greift ein gesetzliches Verfahren, das viele nur schwer kalkulierbare Unwägbarkeiten enthält. Anders sieht es bei den städtischen Aufsichtsräten aus. Welche Besetzungsverfahren für diese Unternehmensgremien der Rat wählt, regelt die Gemeindeordnung nicht. Da in vielen Städten in NRW die Wahlen für diese Gremien noch ausstehen, besteht die Chance, dort durch gemeinsame Listenbildungen der demokratischen Fraktionen weitere Rechte und Rechtsradikale in diesen Gremien zu verhindern. Wie man mit Rechtsextremen und Rechtspopulisten in Gemeindevertretungen umgehen sollte, haben wir mit der Berliner „Erklärung der Demokraten ‚Eckpunkte für den Umgang mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien‘“ im Kasten dokumentiert.

Thorsten Jannoff



Plakate von AfD und NPD zur Europawahl: vom Rechtspopulismus zur Volksverhetzung

die Ratssitzung vierzehn Stunden.

Solange dauerte es in in Gelsenkirchen nicht, weil dort Pro NRW nur für die Listen geheime Abstimmung beantragt hatte, bei denen es keinen einheitlichen Wahlvorschlag des Rates gab. AfD und Pro NRW sind dort jeweils als Fraktion mit drei Sitzen vertreten. Bei den Listen, bei denen es keinen einheitlichen Wahlvorschlag gab, stimmte

Zuerst wurde ein gemeinsamer Listenvorschlag (übliches Verfahren), der nur die Rechten weitgehend rausgehalten hätte, nicht von der linken Ratsfraktion unterstützt. Im weiteren Verlauf wurde nicht damit gerechnet, dass AfD, Pro NRW und die NPD im Block abstimmen würden. So konnte die AfD-Fraktion durch je eine Stimme von NPD und Pro NRW ihren ersten

CDUler wird mit Stimmen vom rechten Rand Bürgermeister in Köln/Porz

Henk van Benthem (CDU) wurde mit knappster Mehrheit zum neuen Porzer Bürgermeister gewählt. Die entscheidenden Stimmen lieferten die Rechtspopulisten von Pro Köln und AfD. Henk van Benthem heuchelt die überraschte Unschuld. Es ist aber in Porz bekannt, dass er vor der Bürgermeisterwahl mit der AfD gesprochen hat. Der CDUler hat ganz offensichtlich mit den Stimmen der Rechtspopulisten gerechnet, um Porzer Bürgermeister zu werden. Karl Eberle, Linke-Bezirksvertreter in Porz, hatte als Sitzungsaltester der Bezirksvertretung die Wahl des Bezirksbürgermeisters geleitet. Er kritisiert die Wahl des CDUler aufs schärfste: „Einen Bürgermeister von Gnaden der Rechtsextremen darf es in Porz nicht geben! Henk van Benthem sollte von diesem Amt zurücktreten. Sonst wird

die Arbeit der BV auf nicht absehbare Zeit belastet und erschwert. Es war über viele Jahre Konsens in der Kölner Politik – auch bei der CDU – dass man nicht mit den Hetzern von Pro Köln paktiert. Gerade jetzt, da die Rechtsextremen für ihre menschenverachtende Politik abgestraft wurden, sichert sich Henk van Benthem seinen Posten mit ihrer Hilfe. Henk van Benthem hat unmoralisch und politisch sehr unklug gehandelt. Aber er trägt nicht alleine die Schuld. Eitelkeit und politische Unfähigkeit bei den Fraktionen (SPD, CDU, Grüne) haben allem Anschein nach eine bis dato nicht vermutete Dimension. Nur so ist es zu erklären, dass sich die Fraktionen nicht auf ein demokratisches Prozedere verständigen konnten.

Die Berliner Erklärung an alle Demokrat/innen beschreibt wie mit

rechtsextremen in kommunalen Vertretungen umzugehen ist. Ein wesentlicher Grundsatz: „Niemals mit den Stimmen der Rechtsextremen kalkulieren“. (Die Erklärung von September 2009 ist im Kasten dokumentiert.)

Nach der Wahl Van Benthems hat der Kölner SPD Vorsitzende Ott einen offenen Brief an den Kölner CDU-Vorsitzenden Petelkau geschrieben. Ott fordert Petelkau auf seinen Einfluss geltend zu machen: „Van Benthem muss zurücktreten!“ fordert der Kölner SPD Chef.

Otts Brief ist richtig, der Verfasser muss sich aber die Frage gefallen lassen, warum er nicht vor der Wahl des Porzer Bürgermeisters öffentlich reagiert hat, der Skandal hatte sich abgezeichnet.

M. Weisenstein
/LB-Köln 13/2014

Appell der Demokrat/innen: Eckpunkte für den Umgang mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien

Angesichts dessen,

- dass sich Rechtsextreme seit vielen Jahren bemühen, Landesparlamente und kommunale Gremien als Bühnen der Agitation, Experimentierfelder und Lehrwerkstätten sowie als Informations- und Finanzierungsquellen zu instrumentalisieren,
- dass nach den Kommunalwahlen am 7. Juni 2009 in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Rheinland-Pfalz und im Saarland sowie am 30. August in Nordrhein-Westfalen die absolute Zahl der rechtsextremen Sitze in kommunalen Gremien erheblich gestiegen ist,
- dass somit immer mehr demokratische Kommunalpolitiker/innen in ihrer alltäglichen politischen Arbeit mit rechtsextremen Provokationen umgehen müssen,
- und aufbauend auf den vorhandenen vielfältigen Erfahrungen im Umgang mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien und Landesparlamenten

haben sich Kommunal- und Landespolitiker/innen von Bündnis 90/Grünen, CDU, Linkspartei und SPD, Wissenschaftler/innen und Vertreter/innen fachlicher Beratungsprojekte aus Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 03. September 2009 in Berlin zusammengefunden.

Als Quintessenz des Fachaustausches werden in diesem gemeinsamen Papier Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit rechtsextremen Strategien und der dahinter stehenden menschenverachtenden Ideologie aufgezeigt.

Die Teilnehmenden appellieren an alle demokratischen Mandatsträger/innen in ihrem alltäglichen politischen Engagement, folgende politischen Eckpunkte zu beachten:

1. Gemeinsames Vorgehen aller Demokrat/innen. Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremen kann nur als gemeinsames demokratisches Anliegen Erfolg haben. Die demokratischen Parteien sind angehalten, sich fortlaufend über ihren Umgang mit den Rechtsextremen abzustimmen. Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus darf nicht zur Domäne einzelner Parteien oder Personen werden, sondern geht jede/n Demokrat/innen an.

2. Bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremen dürfen deren antidemokratische und menschenverachtende Positionen nicht außer Acht gelassen werden. Rechtsextreme bemühen sich um Normalisierung und damit um ihre Etablierung als politischer Faktor. Häufig versuchen sie, die Abgrenzung seitens der Demokrat/innen durch (kommunal)politische Initiativen ohne erkennbaren ideologischen Hintergrund zu unterlaufen. Zunehmend sollen rechtsextreme Fragen und Themen wie Umwelt- oder Sozialpolitik Harmlosigkeit, Bürger-nähe und Normalisierung des Rechtsextremismus suggerieren. Die Demokrat/innen sind aufgefordert, stetig und öffentlich wahrnehmbar auf den Charakter der rechtsextremen Ideologie zu verweisen und menschenrechtsorientierte, demokratische Lösungen für gesellschaftliche Problemlagen zu vermitteln.

3. Niemals mit den Stimmen der Rechtsextremen kalkulieren. Rechtsextreme streben nach öffentlicher Aufmerksamkeit und politischem Einfluss. Gerade in der Rolle des „Züngleins an der Waage“ sehen sie eine Chance. Durch Absprachen unter den demokratischen Parteien gilt es möglichst zu vermeiden, dass sie diese nutzen können. Kurzfristige politische Erfolge sollten nicht damit erkaufte werden, die Feinde der Demokratie langfristig salonfähig zu machen.

4. Niemals einem Antrag der Rechtsextremen zustimmen. So harmlos und ideologiefrei ein Antrag der Rechtsextremen gelegentlich auch daherkommen mag: Jede Zustimmung bedeutet einen Erfolg der rechtsextremen Bemühungen um Normalisierung. Die generelle Ablehnung rechtsextremer Anträge muss öffentlich und inhaltlich begründet werden.

5. Aktive inhaltliche Auseinandersetzung mit rechtsextremen Inhalten statt Schweigen und Ignorieren. Der antidemokratische, menschenverachtende und rückwärts-gewandte Charakter des Rechtsextremismus muss gegenüber der Bevölkerung immer wieder demaskiert werden. Hierzu bedarf es einer eingehenden Auseinandersetzung mit rechtsextremer Ideologie, Strategien, Strukturen und Organisationen. Jenseits des notwendigen Reagierens auf rechtsextreme Bestrebungen gilt es, in die Offensive zu kommen und eine breite Debatte über die grundlegenden Werte einer demokratischen und an den Menschenrechten orientierten

Gesellschaft anzustoßen.

6. Keine Normalität im täglichen Umgang mit Rechtsextremen. Auch auf der Ebene der alltäglichen menschlichen Kontakte sollten Demokrat/innen deutlich machen, dass es sich bei den Rechtsextremen nicht um politische Partner/innen, sondern um prinzipielle Feinde der Demokratie handelt – auch wenn die rechtsextremen Mandatsträger/innen vielfach nicht dem Klischee des Neonazis entsprechen, sondern sich bisweilen als nette Bürger/innen von nebenan geben. Die öffentlich wahrnehmbaren Verhaltensweisen demokratischer Politiker/innen senden wichtige Signale aus und beeinflussen das gesellschaftliche Klima im Gemeinwesen.

7. Den Spielraum der Rechtsextremen mit demokratischen Mitteln so weit wie möglich einschränken. Die Instrumentarien von Geschäftsordnung und Sitzungsleitung bieten bei konsequenter Handhabung viele Möglichkeiten, um Störungen und Provokationen durch rechtsextreme Mandatsträger/innen oder Besucher/innen zu unterbinden. Ob Äußerungen rechtsextremer Mandatsträger/innen strafrechtlich relevant sind, muss fortwährend gründlich geprüft werden. Allerdings ersetzt das administrative und juristische Vorgehen keinesfalls die inhaltliche Auseinandersetzung. Demokratische Standards sollten nicht abgesenkt werden, um die Rechtsextremen einzuschränken, sondern Demokratie und politische Teilhabe sind vielmehr weiterhin zu stärken.

8. Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe. Die Gestaltungsmöglichkeiten von Kommunalpolitik sind vielfältig. Wo Rechtsextreme versuchen, kommunale Gremien als Bühnen ihrer Agitation zu missbrauchen, gilt es für die Demokrat/innen, diese Gremien noch stärker zu Orten gelebter Demokratie zu machen und die Bürger/innen in eine demokratische und an den Menschenrechten orientierte Gestaltung des Gemeinwesens einzubeziehen. Besonders wichtig sind die Förderung, Unterstützung und öffentliche Anerkennung von zivilgesellschaftlichen demokratischen Initiativen sowie das Eintreten für die Betroffenen rechtsextremer Bedrohung und Gewalt.

Verein für demokratische Kultur in Berlin – Initiative für urbane Demokratieentwicklung e.V.

Belgien: Eisenbahner streiken

Die Eisenbahner Gewerkschaft ACOD / CGSP (öffentliche Dienste) hatte am 30. Juni zu einem 24-stündigen Streik aufgerufen, weil das Eisenbahnnetz so unterbesetzt ist, dass die Arbeitnehmer nicht in der Lage sind, freie Tage zu nehmen. Die Gewerkschaft errechnete, dass zwischen dem 1. Januar 2011 und Frühjahr 2014 4000 Arbeitsplätze verloren gegangen sind (von insgesamt 38000), mit negativen Folgen für die Gesundheit und Sicherheit der Mitarbeiter und für die Sicherheit des Eisenbahnsystems. Gespräche mit dem Management haben bisher noch nicht zu akzeptablen Lösungen geführt. Die Gewerkschaft bezeichnen die Vorschläge der Management-Seite „als Kosmetik“. Der ACV-CSC (nationaler Gewerkschaftsbund) unterstützt diese Einschätzung, ist aber der Auffassung, dass es noch Raum für weitere Gespräche gibt.

Quelle: af.reuters.com 30.6.2014

Großbritannien: Streik gegen Kürzungen

Nach Berichterstattung von „jungeWelt“ und psi (Internationale der öffentlichen Dienste) wollten die Beschäftigten des britischen öffentlichen Dienstes am 10.7. zeigen, was sie von der Kürzungspolitik der Regierung und den damit verursachten Niedriglöhnen halten. Bis zu zwei Millionen Beschäftigte in England, Wales und Nordirland sind von ihren Gewerkschaften zu einem 24stündigen Streik aufgerufen worden. Unter anderem werden Lehrer, Feuerwehrleute, Staatsangestellte und die Beschäftigten der Kommunen die Arbeit niederlegen. Der Streik richtet sich insbesondere gegen das Einfrieren der Ausgaben im öffentlichen Dienst. „Seit 2010 gab es auf Anordnung der Regierung keine allgemeine Gehaltserhöhung mehr. Für die Beschäftigten bedeutet das Armut trotz Arbeit. 4,8 Millionen Beschäftigte in Großbritannien fallen offiziell in diese Kategorie – jeder zehnte von ihnen arbeitet bei den Kommunen.“ Der Streik wendet sich gegen diese Maßnahmen und soll Druck gegen das Einfrieren der Löhne entwickeln“, berichtet die „junge Welt“. Nach Berichten von Unison am 11.7. war der Streik ein überwältigender Erfolg. Mehr als eine Millionen Beschäftigte beteiligten sich an dem Streik. 4000 Schulen wurden geschlossen, weitere 2000 teilweise. Eine große Anzahl von Rathäusern wurde ebenfalls geschlossen oder arbeitete mit Notdiensten. Tausende Arbeiter hielten mittags Kundgebungen ab, so in Newcastle, Manchester, London und Liverpool, Birmingham, Brighton. Die Streikenden wurden von der Bevölkerung unterstützt. Unison General

Secretary, Dave Prentis, sagte: „Wir wiederholen unsere Forderung an die kommunalen Arbeitgeber, wieder zu verhandeln und ein Angebot für eine anständige Bezahlung für diejenigen Arbeitnehmer vorzulegen, die seit vier Jahren Nullrunden hinnehmen mussten.“

www.world-psi.org 9.7.2014 www.jungewelt.de 10.7.2014 www.unison.org.uk/ 11.7.2014

Schweden: Erfolgreicher Bahnstreik

In Schweden wurde am 25. Juni ein 16-tägiger Streik mit einem Sieg der Bahnbeschäftigten beigelegt, nachdem sich der Arbeitgeber Veolia zur Unterzeichnung eines Vertrags bereit erklärte. Anlass für den Arbeitskampf war die Ankündigung des Unternehmens, 250 in der ITF-Gewerkschaft SEKO organisierte Bahnbeschäftigte zu entlassen, um sie dann auf der Basis von Stundenverträgen wieder einzustellen. Die Bezahlung sollte darüber hinaus gekürzt und Renten- und Krankengeldleistungen gestrichen werden. Diese Maßnahmen fügten sich in das Gesamtbild der zunehmende Prekarisierung der Beschäftigung bei dem multinationalen Arbeitgeber ein. Die SEKO erklärte, dass bei Veolia im letzten Jahr 100 000 Arbeitsstunden in Form von Leiharbeit erbracht wurden, und fordert eine Reduzierung auf höchstens 40 000 Stunden. Mit Unterstützung anderer nordischer Gewerkschaften sowie der ITF und der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) endete der Arbeitskonflikt mit einem Sieg der Gewerkschaft. Die Gewerkschaft kann nun den Umfang von Vertrags- und Teilzeitarbeit beschränken, was dazu beitragen wird, eine Abwärtsspirale bei den Beschäftigungsbedingungen zu verhindern. Indessen geht in Denver in den USA der Arbeitskampf bei SuperShuttle, einem Tochterunternehmen von Veolia Transportation, weiter. Nach Informationen der der ITF angeschlossenen Communications Workers of America (CWA), die die Belegschaft vertritt, hat der Arbeitgeber die Zahlungs- und Beschäftigungsbedingungen einseitig gekürzt und damit viele Beschäftigte unter die Armutsgrenze gedrückt. Darüber hinaus weigert sich das Unternehmen der Gewerkschaft zufolge, in gutem Glauben zu verhandeln. Mac Urata, der Sekretär der ITF-Binnenverkehrssektionen, erklärte: „Diese multinationalen Unternehmen sind wie Chamäleons, die die vor Ort gegebenen Bedingungen nutzen und sich über internationale Arbeitsnormen hinwegsetzen. Diese Fälle in Schweden und den USA machen deutlich, dass Veolia im Zusammenhang mit der Verletzung von Arbeitnehmer/innenrechten zunehmend ins Rampenlicht gerät.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org> 27.6.2014

Norwegen: Neuer Konflikt in Häfen

Nach Berichten über die Versuche eines norwegischen Arbeitgebers, die Tätigkeit von der ITF angeschlossenen Hafengewerkschaften zu untergraben, intensiviert die ITF ihre Unterstützung im Land. Die Hafenbeschäftigten in Mosjøen beschuldigen ihren Arbeitgeber Mosjøen Industri Terminal (MIT), ein Vertragsunternehmen des Alcoa-Konzerns, ihnen Löhne zu schulden und sie seit Anfang Mai ohne rechtliche Grundlage auszusperrten. In einem weiteren Konflikt im Hafen von Risavika zeichnet sich indessen weiterhin keine Lösung ab. Dort streiken die Beschäftigten seit neun Monaten wegen Arbeitgeberverstößen gegen Bestimmungen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zum Schutz des Status von Hafenbeschäftigten, die festlegen, wer zur Durchführung von Lade- und Löscharbeiten berechtigt ist. In diesem Zusammenhang wurden mehrere Solidaritätsaktionen durchgeführt. Als Reaktion auf die Situation in Mosjøen hat der Norsk Transportarbeiderforbund (NTF) wegen der ausstehenden Löhne und der illegalen Aussperrung Strafanzeige gegen MIT erstattet und rechnet in den kommenden Wochen mit einem Gerichtstermin. Der ITF-Präsident und Vorsitzende der ITF-Sektion Häfen Paddy Crumlin erklärte in einer Stellungnahme: „Wir haben die Hafenbeschäftigten in Norwegen bisher unterstützt und werden das auch weiter tun. Ob auf dem Gerichtsweg oder durch internationale Solidarität, wir und Hafengewerkschaften in aller Welt werden hinter diesen Beschäftigten stehen, wenn sie sich gegen Versuche von Arbeitgebern zur Wehr setzen, ihre Position als qualifizierte Arbeitskräfte mit dem Recht auf sichere, geschützte und angemessen bezahlte Arbeit zu untergraben.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org> 27.6.2014

Polen: Lidl will keine Gewerkschaft

Seitdem bei Lidl in Polen im April 2013 eine betriebliche Gewerkschaftsorganisation von Solidarność gegründet wurde, hat der Konzern dort antigewerkschaftliche Taktiken angewendet. Das Lidl-Management hat sich geweigert, sich zu treffen oder mit Gewerkschaftsvertreter_innen zu sprechen, ungeachtet einer laufenden und erheblichen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Dazu gehört immer mehr Arbeit für immer weniger Beschäftigte, immer höhere Arbeitsnormen und für die Mehrheit der Beschäftigten eine Weigerung des Arbeitgebers, unbefristete Arbeitsverträge auszustellen. Daraufhin hat das Handels- und Banken-Sekretariat der Solidarność im September 2013 Proteste vor Lidl-Supermärkten in meh-

ren polnischen Städten organisiert. Im Oktober waren die Kassen mehrmals überlastet, weil Gewerkschaftsaktivist_innen ihre Einkäufe mit großen Mengen Kleingeld bezahlten. Im Dezember 2013 eskalierte Lidl seine Versuche, die Gewerkschaft zu zerschlagen: sowohl die Vorsitzende der Betriebsgewerkschaftsorganisation als auch ihre Stellvertreterin wurden gefeuert, was einen klaren Gesetzesbruch darstellt. Solidarność hat das Verhalten von Lidl sofort und scharf verurteilt und ein Ende der Schikane gegen Gewerkschafter_innen gefordert. Im Februar 2014 wurde ein Boykott von Lidl in Polen ausgerufen und Kundgebungen mit Verteilung von Flugblättern innerhalb und vor den Supermärkten durchgeführt. Trotz erneuter Proteste im März 2014 haben die Beschäftigten von Lidl bisher keine Verbesserungen feststellen können – weder bei den Arbeitsbedingungen noch im Fall der entlassenen Aktivistinnen. Das Management hat sich weiterhin geweigert, zu reagieren oder auf die zahlreichen Briefe zu reagieren. Deshalb geht der Protest weiter, und neue Aktionsformen werden eingesetzt.

Quelle: <http://www.uniglobalunion.org> 10.7.2014

Litauen: Gewerkschaft erzwingt Verhandlungen

Mitte Juni demonstrierten Tausende von Lehrern laut und deutlich vor dem Regierungsgebäude gegen die seit fünf Jahren bestehende Gehaltseinfrierung im Bildungssektor. Die Education International's (EI), Europäisches Gewerkschaftskomitee für die Bildung und Etuce (Vereinte Internationale Bildungsgewerkschaft) unterstützten die litauischen Lehrer und Gewerkschaften und zwangen die Regierung zu Verhandlungen für eine unterzeichnete Vereinbarung über Beschäftigung, Löhne und Qualitätsstandards. Der Etuce-Direktor Martin Römer traf sich mit dem Bildungsminister sowie dem Ministerpräsidenten am Tag der Demonstration. „Es ist äußerst dringend, dass die litauische Regierung die Verantwortung für die Qualität des Bildungssystems übernimmt und die notwendigen Änderungen einschließlich der Erhöhung der Lehrergehälter vornimmt“, sagte Römer auf einer Pressekonferenz und: „Die Regierung muss alle Parteien einladen, diese komplizierten Fragen in einem Paket zu diskutieren.“ Römer trat für eine umfassende Reform ein, die mit den Gewerkschaften verhandelt werden muss. Zum ersten Mal seit zwei Jahren akzeptierte der Premierminister, dass Gewerkschaften einbezogen werden und dass alle Fragen verhandelt werden sollen. Er räumte ein, dass die Regierung letztlich für die Qualitäts-

sicherung der Bildung zuständig sei und forderte einen nationalen Plan 2020. Dieser Durchbruch erfolgte nach zwei Jahren der erfolglosen Versuche der Gewerkschaften in einen Dialog mit dem Premierminister zu kommen. Diese Lehrerdemonstration war nur die jüngste Manifestation von vielen Jahren der Frustration im litauischen Bildungssystem. Bei internationalen Umfragen geriet Litauen immer tiefer in der Bewertungsskala. Die Lehrbeschäftigungsstruktur ist gekennzeichnet durch starke Abhängigkeit von Teilzeitverträgen, die Jahr um Jahr, ohne Garantie auf Beschäftigung im folgenden Jahr, geschlossen werden. Zwanzig Prozent der Belegschaft im Bildungssektor wird durch bereits pensionierte Lehrer gefüllt, dies behindert den Einsatz neuer Lehrer. Darüber hinaus gibt es Bestrebungen, die Verantwortung für Bildung zu dezentralisieren zugunsten der Kommunen. Dies hat zu Verwirrungen in der Bildung geführt, wo eigentlich niemand weiß, wer die Verantwortung für welche Funktionen hat.

Quelle: <http://www.ei-ie.org> 7.7.2014

Kolumbien: Busfahrer/innen Kampf für Wiedereinstellung

Bei Protesten für bessere Beschäftigungsbedingungen in Bogotá (Kolumbien) ging die Polizei Anfang dieses Monats mit Tränengas und Gummigeschossen gegen aktive ITF-Mitglieder vor. Neben weiteren Demonstrant_innen wurde auch ein Mitglied des Sindicato Nacional de Trabajadores del Transporte (SNTT) bei der Kundgebung vor der Geschäftsstelle des Betreibers des Bus-Rapid-Transit-Systems (BRT) Transmilenio verletzt. Transmilenio hat die Aufsicht über das BRT-System, den Betrieb der Linien aber an neun Unternehmen ausgelagert, die ihre Normen unabhängig festlegen können. Die Beschäftigten protestierten gegen Arbeitsrechtsverletzungen des Arbeitgebers. Der Gewerkschaft zufolge arbeiten 5 000 Fahrer/innen zwölf Stunden pro Tag ohne Überstundenvergütung und grundlegende Versorgungsleistungen. Anlass der Proteste war die Entlassung von vier Mitgliedern der SNTT wegen ihres gewerkschaftlichen Engagements. Die SNTT verlangt ihre Wiedereinstellung und die Einhaltung von Arbeitnehmer/innenrechten im gesamten Unternehmen. Sie fordert ferner Unterstützung für zwei Schnellbusbetreiber, die von Transmilenio aus dem Geschäft gedrängt wurden. Darüber hinaus besteht sie auf Verbesserungen im Hinblick auf die Sicherheit, Effizienz und Pünktlichkeit des Systems und verlangt eine Entschuldigung der Polizei für die Gewalt gegenüber den Protestteilnehmer/innen. Dazu der ITF-Regionalsekretär

für Interamerika Antonio Rodriguez Fritz: „Das BRT-System ist für die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs in Lateinamerika von entscheidender Bedeutung. Es darf jedoch nicht als Vorwand für die Verletzung von Arbeitnehmer/innenrechten und Gesetzesverstöße dienen. Transmilenio ist für die Verwaltung des Verkehrssystems verantwortlich und muss dafür sorgen, dass die Betreiber Sicherheits- und Beschäftigungsnormen einhalten. Es ist an der Zeit, dass Transmilenio die gesetzlichen Vorschriften einhält und durchsetzt, mit der SNTT verhandelt und einen Vertrag unterzeichnet, der den Interessen der Beschäftigten und der Fahrgäste gleichermaßen gerecht wird.“

Quelle: <http://www.itfglobal.org> 27.6.2014

Philippinen: Citra Mina verletzt Menschenrechte

Der Meeresfrüchtegigant Citra Mina ist der zweitgrößte Tunnfischexporteur der Philippinen, der unter der Marke Philfresh auf den europäischen, asiatischen und nordamerikanischen Märkten Milliarden Dollar umsetzt. Dieser hochprofitable Konzern verletzt jedoch die Menschenrechte seiner Beschäftigten. Als Reaktion auf schlechte Arbeitsschutzbedingungen, prekäre Beschäftigung und Fragen im Zusammenhang mit Bezahlung und Sozialbeiträgen bildeten die Beschäftigten im Sommer letzten Jahres die Samahang United Workers of Citra Mina Group of Companies Union, die am 24. Juli rechtskräftig eingetragen wurde. Der Konzern reagierte darauf zwischen September und Januar 2014 mit einer Welle von Entlassungen von



Gewerkschaftsmitgliedern und -anhängern, sodass die Beschäftigten und ihre Familien kein Einkommen mehr hatten. 78 dieser Beschäftigten verlangen jedoch weiterhin ihre Wiedereinstellung unter voller Nachzahlung ihrer Löhne und die Anerkennung ihrer Gewerkschaft. In den Philippinen werden sie von der nationalen Gewerkschaftszentrale SENTRO unterstützt, die am 19. Juni eine nationale Aktion zur Unterstützung der Citra Mina-78 startete.

Quelle: <http://www.iuf.org> 30.6.2014

Präsentation des GrundrechteReports 2014

KARLSRUHE. Am heutigen Tag wird der Grundrechte-Report 2014 durch die frühere Bundesjustizministerin, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, in Karlsruhe präsentiert. Der von acht namhaften Bürgerrechtsorganisationen herausgegebene Report zieht für das Berichtsjahr 2013 eine kritische Bilanz zum Umgang mit den Bürger- und Menschenrechten in Deutschland. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger erklärte anlässlich der Präsentation des Berichts: „Die Vorgänge um die NSA und den NSU zeigen, dass es im Kernbereich des Grundrechtsschutzes in Deutschland schlecht aussieht. Ein freiheitlicher Rechtsstaat kann es nicht dulden, dass die im Geheimen agierenden Dienste den einzelnen Menschen zum bloßen Objekt ihrer Informationsbegehrlichkeiten entwürdigen. Der Grundrechte-Report analysiert dies schonungslos.“ Die im Zuge der NSA-Affäre bekannt gewordenen Geheimdienstaktivitäten sowie die bisherige Verweigerung jeglicher rechtspolitischer Konsequenzen und Schutzmaßnahmen durch Bundesregierung und Justiz bilden einen Schwerpunkt der aktuellen Ausgabe. Rolf Gössner beschreibt in seinem Einleitungsbeitrag die Folgen der ausufernden, grenzen- und verdachtslosen Massenüberwachung. Die geheimdienstlichen Datenexzesse übertreffen nicht nur alle bisherigen Vorstellungen, sondern befördern Selbstkontrolle und vorauseilenden Gehorsam. Gössner spricht von einem „geheimen Informationskrieg“ und einem präventiven Ausnahmezustand, in dem demokratische und rechtsstaatliche Regeln praktisch außer Kraft gesetzt werden. Der Vizepräsident der Internationalen Liga für Menschenrechte stellt fest: „Dieser Angriff auf Substanz und Selbstverständnis freiheitlicher Demokratien erfolgt nicht etwa von außen, von ‚extremistischen‘ oder terroristischen Kräften, sondern aus dem Inneren des Systems – wie eine aggressive, überschießende Reaktion des Immunabwehrsystems.“ Elke Steven vom Komitee für Grundrechte und Demokratie betont anlässlich der Präsentation: „Der Zustand der Verfassungswerte zeigt sich gerade am Umgang mit den Schwächsten in der Gesellschaft. Wie schlecht es darum bestellt ist, zeigen zahlreiche Fallbeispiele des aktuellen Reports.“ Dazu gehören Obdachlose, die von öffentlichen Orten verdrängt werden; Kinder,

Jugendliche sowie psychisch auffällige Menschen, die in geschlossene Einrichtungen abgeschoben werden; MigrantInnen und Flüchtlinge, die von der deutschen Politik und Gesetzgebung oft nur noch als Sicherheits- und Sozialrisiko wahrgenommen werden. Der Grundrechte-Report 2014 enthält zahlreiche Beispiele für die zunehmende Perfektionierung der Ausgrenzung und Abschottung gegenüber Flüchtlingen: Das beginnt mit der Überwachung und dem Zurückdrängen von Flüchtlingsbooten in internationalen Gewässern beispielsweise vor Mauretanien und Senegal; reicht über die 340 Millionen Euro teure Aufrüstung des neuen Grenzüberwachungssystems Eurosur – und endet noch lange nicht in der wahllosen Inhaftierung von Flüchtlingen in Europa, für die sich niemand zuständig fühlt und denen selbst einfachste Unterkünfte verweigert werden. Daneben werden zunehmend europäische BürgerInnen diskriminiert, denen in Deutschland Leistungen der Existenzsicherung verweigert werden. Das zwingt sie in die Billiglohnarbeit und führt sie in die Obdachlosigkeit. Martin Heiming vom Republikanischen Anwältinnen und Anwälteverein: „Europa will gegenwärtig der Ukraine ‚die Demokratie‘ bringen, und muss doch selbst erst lernen, dass menschliche Solidarität darin eine tragende Säule ist. Europa ist eine Sozialunion – oder überflüssig.“ Der jährliche Report zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland bilanziert in insgesamt 42 Beiträgen kritisch die Verfassungswirklichkeit Deutschlands. Als „wichtiges Instrument des Menschenrechts-Monitorings in Deutschland“ (Beate Rudolf) behandelt er die gesamte Bandbreite von Einschränkungen der Grundrechte durch Gesetzgeber, Verwaltung und Justiz sowie durch private Unternehmen. Aktuelle Fälle zur unverhältnismäßigen Einschränkung der Privatsphäre, der Glaubensfreiheit oder des Streikrechts im Arbeitsleben sind ebenso vertreten wie die zahlreichen Beschränkungen politischer Freiheitsrechte beispielsweise von Demonstrierenden und JournalistInnen. Die 18. Ausgabe des alternativen Verfassungsschutzberichts bietet deshalb einen ebenso umfassenden wie ernüchternden Blick auf den Zustand der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland. www.grundrechtekomitee.de

auch online Bestellung

Grundrechte-Report 2014

Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland. Hrsg. von Till Müller-Heidelberg, Elke Steven, Martin Heiming, Heiner Fechner, Rolf Gössner, Ulrich Engelfried und Sophie Rotino. Redaktion: Ulrich Engelfried, Heiner Fechner, Martin Heiming, Martina Kant, Till Müller-Heidelberg, Marei Pelzer, Sophie Rotino, Elke Steven, Martin Stöbel
Preis: 10,99 EUR
(ohne Mwst: 10,27)

Schwerpunkte des alternativen Verfassungsschutzberichts sind die Folgen der NSA-Überwachungsaffäre, das demokratie- und rechtsstaatsfeindliche Agieren des bundesdeutschen Verfassungsschutzes sowie der Umgang mit MigrantInnen – von der Zurückweisung an den europäischen Grenzen bis hin zur mangelnden Aufnahme in den Kommunen.

PKW-Maut bedroht Nachteilsausgleich behinderter Menschen

BERLIN. Zur aktuellen Debatte über die geplante PKW-Maut erklärt SoVD-Präsident Adolf Bauer:

Für rund 500 000 schwerbehinderte Menschen in Deutschland könnte sich die geplante PKW-Maut folgens schwer auswirken. Denn die Betroffenen sind von der KfZ-Steuer voll- oder teilbefreit und hätten damit das Nachsehen, wenn die Bundesregierung diese Steuer als Ausgleich zur Maut senkt. Den bisher geltenden Nachteilsausgleich für schwerbehinderte Menschen über diesen Weg stillschweigend zu kassieren, wäre unverantwortlich. Eine Klarstellung durch das Bundesverkehrsministerium wäre jetzt das richtige Signal. Es muss rechtzeitig eine praktikable Lösung auf den Tisch, zum Beispiel eine Befreiung von der PKW-Maut für schwerbehinderte Menschen.

<http://www.presseportal.de>

Faire Bürgerentscheide in Niedersachsen gestartet!

BREMEN. Der Mehr Demokratie Landesverband Bremen/Niedersachsen hat jetzt die Kampagne „Faire Bürger-



entscheide in Niedersachsen“ gestartet. Es geht um die Forderung, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide zu reformieren. In Zukunft sollen dort die Bürger/innen über wichtige Fragen mitentscheiden können. Dabei suchen wir auch das direkte Gespräch mit den Menschen. In Bayern ist es längst Alltag: Die Bürger/innen entscheiden über den Verkauf von Stadtwerken, Flughafen ausbau oder Verkehrsberuhigung. Bereits über 1.500 Bürgerentscheide haben im tiefen Süden stattgefunden. Im Norden ist der Handlungsbedarf groß: In Niedersachsen gab es erst 87 Bürgerentscheide in einem vergleichbaren Zeitraum seit Mitte der 90er Jahre. In Niedersachsen sind Bürgerentscheide noch zu vielen Themen verboten, es müssen zu viele Unterschriften gesammelt werden und viele scheitern an Abstimmungshürden. In Bayern ist das alles viel besser geregelt. Wir wollen, dass auch die Niedersachsen bessere Bürgerentscheids-Regeln bekommen. Deshalb haben wir jetzt die

Kampagne „Faire Bürgerentscheide“ gestartet. Die Gelegenheit ist günstig: Rot-Grün in Niedersachsen möchte die Spielregeln für Bürgerentscheide verbessern, so steht es im Koalitionsvertrag. Aber Reform ist nicht gleich Reform. Oft startet eine neue Regierung ehrgeizig und lässt sich dann im parlamentarischen Alltag zerreiben. Besonders die kommunalen Spitzenverbände äußern Bedenken und Kritik, wenn es um Vereinfachung bei Bürgerentscheiden geht. Deshalb müssen wir jetzt der rot-grünen Regierung ein deutliches Signal setzen. Wenn viele Menschen mitmachen, wird die Koalition eine bürgerfreundliche Reform beschließen. Sobald wir 5000 Unterschriften zusammen haben, übergeben wir sie Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius.

www.mehr-demokratie.de

Vor 20 Jahren: Streichung von § 175 StGB Rehabilitierung der Opfer und volle Gleichstellung !

BERLIN. Am 11. Juni 1994 wurde § 175 aus dem Strafgesetzbuch gestrichen. Dazu erklärt Manfred Bruns, Sprecher des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD): Zwanzig Jahre nach der Streichung von § 175 StGB müssen die Opfer der strafrechtlichen Verfolgung von Homosexualität endlich rehabilitiert und entschädigt werden. Weit über 50 000 Männer wurden in der Bundesrepublik nach 1949 wegen homosexueller Handlungen verurteilt. Bis heute sind die Urteile nicht aufgehoben worden, die Menschen nicht rehabilitiert. Diese schweren Menschenrechtsverletzungen an schwulen Männern im demokratischen Staat müssen endlich umfassend aufgearbeitet werden. § 175 steht als Symbol für die Unterdrückung, Verfolgung und Einkerkierung von Menschen nur weil sie anders liebten. Seine endgültige Beseitigung war ein Meilenstein in der Geschichte der Bürgerrechte. 45 Jahre Kampf waren notwendig, bis dieses antihomosexuelle Sondergesetz endlich abgeschafft werden konnte. Gerade angesichts der brutalen Verfolgungsgeschichte gegenüber homosexuellen Menschen ist es unfassbar, dass starke politische Kräfte bis heute volle Gleichstellung bekämpfen und selbst eine angemessene Behandlung von Homosexualität im Schulunterricht massiv anfeinden. Vorurteile und Homophobie sind weiterhin virulent. Die richtige Konsequenz aus der Geschichte des § 175 muss lauten: Endlich volle rechtliche Gleichstellung durch Öffnung der Ehe. Nur wenn Deutschland in der eigenen Gesetzgebung gleiches Recht für alle schafft, kann es auch international glaubwürdig gegen Menschenrechtsverletzungen auftreten.

www.lsvd.de

Globale Entwicklung erfordert gesellschaftliches Umdenken

BERLIN. Eine neue globale Agenda für Entwicklung und Nachhaltigkeit muss ein neues Verständnis von Entwicklung transportieren – dies setzt auch ein breites gesellschaftliches Umdenken voraus. Deutschland sollte sich aktiv an diesem Prozess beteiligen. Dies fordert der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) zusammen mit elf Organisationen in einem gemeinsamen Positionspapier, das heute anlässlich eines zivilgesellschaftlichen Dialogforums zur Post-2015-Agenda veröffentlicht wird. „Wenn wir wirklich nachhaltig und zukunftsorientiert wirtschaften wollen, dann können wir nicht so weiter machen, wie bisher“, betont der Vorsitzende von VENRO, Bernd Bornhorst. Eine neue globale Agenda müsse deshalb von dem Leitgedanken getragen sein, sich von alten Wohlstandsmodellen zu verabschieden. „Vor allem dürfen die Ziele nicht nur den globalen Süden in die Pflicht nehmen, sondern explizit auch den globalen Norden. Das heißt, auch in Deutschland muss die neue Agenda umgesetzt werden.“ So wird in dem gemeinsamen Positionspapier gefordert, dass die Bundesregierung klare nationale Ziele für die Post-2015-Agenda formulieren soll – insbesondere ein Bekenntnis zu nachhaltigem Wirtschaften und dem Klima- und Umweltschutz. Die Millenniumsentwicklungsziele (MDG) laufen im Jahr 2015 aus und sollen dann durch neue globale Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele (SDG) ersetzt werden. Die MDG haben mit ihrem Fokus auf Armutsbekämpfung und menschlicher Entwicklung zwar einiges erreicht. Dennoch bleiben sie in vielen Bereichen wie Gerechtigkeit, Friedenssicherung, guter Regierungsführung und Einhaltung der Menschenrechte unzulänglich. Zudem wird das Wirtschaftswachstum trotz begrenzter Ressourcen nicht hinterfragt. In dem Positionspapier „Acht Kernpunkte einer neuen globalen Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda für die Zeit nach 2015“ werden zivilgesellschaftliche Erwartungen an eine globale Agenda dargestellt.

<http://venro.org/presse/>

Atommüll-Kommission versteckt sich vor den Bürgern

Weitere Einschränkungen der Transparenz geplant / Arbeitsprogramm mit unsinniger Reihenfolge

HAMBURG. Zur heutigen zweiten Sitzung der Atommüll-Kommission erklärt Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“: „Die Kommission spielt weiter Verstecken. Sie tut alles, um interessierten Bürgerinnen und Bürgern das Mitdenken

zu erschweren. Bis heute ist von der ersten Sitzung im Mai weder ein vollständiger Mitschnitt noch ein Ergebnisprotokoll veröffentlicht. Zwar soll die heutige Sitzung live im Internet übertragen werden, aber die Vorschläge für die geplante Diskussion über die Geschäftsordnung und das Arbeitsprogramm wurden nicht veröffentlicht. Damit wird es Interessierten erschwert, der Debatte inhaltlich zu folgen. Der Geschäftsordnungs-Entwurf sieht weitere Einschränkungen in der Transparenz der Kommissions-Arbeit vor: Plätze für Zuhörer sollen zukünftig nicht zwingend vorhanden sein. Arbeitspapiere bleiben vertraulich und Abstimmungen erfolgen nicht namentlich. Mein Eindruck: Die Kommission fürchtet sich vor den Bürgern, statt zu begreifen, dass der Atommüll-Konflikt nur mit der betroffenen Bevölkerung gemeinsam überwunden werden kann. Die Rechte der in der Kommission vertretenen Politikerinnen und Politiker sollen massiv ausgeweitet werden. Obwohl sie laut Gesetz kein Stimmrecht in der Kommission haben, sollen sie über alle Fragen außer dem Abschlussbericht mit abstimmen können. Auch soll es in jeder Sitzung möglich sein,



dass 32 Politiker zu Wort kommen, weil auch alle Stellvertreter jederzeit Rederecht erhalten. Dem stehen nur 16 stimmberechtigte Kommissions-Mitglieder ohne Stellvertreter gegenüber. Eine echte Beteiligung der Öffentlichkeit an der Kommissions-Arbeit ist nicht vorgesehen. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen der Kommission schreiben und die Geschäftsstelle fasst die Zuschriften zusammen. Selbst im umstrittenen Endlagersuchgesetz ist deutlich mehr Öffentlichkeitsbeteiligung vorgesehen. In den Entwürfen für ein Arbeitsprogramm der Kommission gibt es keine inhaltliche Stringenz. So soll bereits über geologische Kriterien beraten werden, bevor sich die Kommission überhaupt auf ein Lagerkonzept verständigt hat.“

www.ausgestrahlt.de

Mannheim: Ist die Gemeinschaftsschule schon wieder vergessen?

Wann werden aus der Pleite der Werkrealschule nachhaltig richtige Konsequenzen gezogen?

Der Ausschuss für Bildung und Gesundheit des Gemeinderats sowie der Schulbeirat befassen sich am 25.6. drei Stunden lang und wegen der Wichtigkeit des Themas unter Vorsitz des Oberbürgermeisters persönlich mit einer Verwaltungsvorlage unter dem Titel: „Ergebnisse der Schulentwicklungskommission Weiterführende Schulen für eine nachhaltige und zukunftsfähige Schullandschaft“ (V269/2014). Entscheiden soll dann der Gemeinderat auf seiner letzten Sitzung in der auslaufenden Amtszeit am 10. Juli. Der Bildungsausschuss empfahl knapp mehrheitlich gegen die Stimmen von CDU und ML die Annahme durch den Gemeinderat. Die FDP enthielt sich.

Kernpunkt ist der Plan, fünf Werkrealschulen in Mannheim zu schließen und die Verwaltung zu beauftragen, die Genehmigung der zuständigen Schulaufsichtsbehörde einzuholen.

Betroffen sind die Schillerschule – Werkrealschule, Pestalozzischule – Werkrealschule, Geschwister-Scholl-Werkrealschule, Friedrich-Ebert-Werkrealschule, Konrad-Duden-Werkrealschule. An allen diesen Schulstandorten gibt es parallel entweder Grund- oder Realschulen. Es soll also kein Schulstandort aufgegeben werden.

Die Vorlage stellt eingangs fest:

„Die demografische Entwicklung in Baden-Württemberg, verändertes Schulwahlverhalten und zahlreiche bildungspolitische Reformen führten zu den wohl umfangreichsten Veränderungen der Schullandschaft der vergangenen Jahrzehnte. Nach dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung und dem damit gestärkten Schulwahlverhalten der Eltern, verbunden mit dem Trend zum höheren Schulabschluss, erhöhten sich die Anmeldezahlen an den weiterführenden Schulen mit Ausnahme der Werkrealschulen. Bereits seit 2004 verstärkt sich der überdurchschnittliche Rückgang der Anmeldezahlen drastisch. Deshalb erfolgte bereits 2009 in Mannheim eine Reduzierung der Werkrealschulstandorte von 20 auf 12.“ (Damals noch Hauptschulen, teilweise Weiterführung als Werkrealschulen).

Hintergrund ist der Rückgang der Übergangszahlen von der Grundschule auf die Werkrealschulen zwischen 2004/5 und 2012/13 um über die Hälfte. Die Unverbindlichkeit der Grundschulempfehlung beschleunigte den Trend, verursachte ihn aber nicht. Bis 2019 wird eine weitere Halbierung prognostiziert. Es ist eine „Abstimmung mit den Füßen“, wie der OB richtig feststellte. Der Schultyp Werkrealschule lässt sich nicht halten. Wenn nicht mindestens zwei Klassen je Jahrgang gebildet werden können, kann die Qualität nicht mehr gehalten werden. Es wäre eine unverantwortliche Vergeudung von Schul- und Lehrerressourcen.

Anderthalb Jahre lang hatte eine vom OB eingesetzte Schulentwicklungskommission aus Schul- und Schulamtsvertretern, den bildungspolitischen Sprechern der Fraktionen, Elternbeirats- und Personalratsvertretern und der GEW sich mit der Entwicklung der Werkrealschulen, der Realschulen und der Gymnasien in Mannheim befasst und die Schulschließungen von Werkrealschulen quantitativ wie dann auch standortbezogen diskutiert. Dabei spielten Kriterien wie Schülerzahlen, Bausubstanz, getätigte und anstehende Investitionen eine Rolle, wie auch Erreichbarkeit der Schulen. Die Schließungen sollen in Form eines drei Schuljahre langen Auslaufens vollzogen werden. Die freiwerdenden Kapazitäten sollen meist für die Überführung der Parallelschule in Ganztagesbetrieb genutzt werden. Teilweise geht es auch um Schulneubauten oder Generalsanierung der verbleibenden Schulen. Es geht also auch um die Beendigung einer jahrelangen Unge-
wissenheit über Investitionsentscheidungen. Insofern werden die anvisierten Schließungen sogar von den betroffenen Schulen teilweise begrüßt.

Weder „nachhaltig noch zukunftsfähig“

Der Verwaltungsvorschlag ist durchaus durchdacht und reagiert auf die festgestellte Entwicklung. Würde die Stadt nicht reagieren, würde das Regierungspräsidium / Oberschulamt ersatzweise nach seinen Vorstellungen durchgreifen. Die Schließungen sind jedoch insoweit konzeptionslos, weil sie das Grundproblem nicht angehen. Wenn die Eltern die Werkrealschulen z.B. angesichts der Schlechterstellung bei der Ausbildungsplatzsuche zunehmend ablehnen und höherwertige Abschlüsse für ihre Kinder anstreben, sind weder die Realschulen noch die Gymnasien auf die Herausforderungen durch Schüler, die früher eigentlich Hauptschüler gewesen wären, eingestellt. Es braucht erweiterte Lehrerkompetenzen in den weiterführenden Schulen, mehr individuelle Fördermöglichkeiten, Ganztagesbetrieb. Und das Ganze auch noch inklusiv.

Die Aufgabe, die sich z.B. den Realschulen damit stellt, ist genau diejenige, welche Gemeinschaftsschulen auszeichnet. Nur will dies niemand zugeben. Die grün-rote Landesregierung spricht nun von einem „zwei-

gliedrigen“ Schulsystem: Realschulen und Gymnasien. Die Realschulsäule soll auch den Hauptschulabschluss bieten, aber auch zur Hochschulreife führen. Das Gymnasium soll daneben seine unveränderte Existenz weiterführen können. Es ist die Kapitulation vor einer anstehenden grundlegenden Schulreform. SPD und Grüne, die einst auch für die Gemeinschaftsschule eintraten, haben die Köpfe eingezogen. Schlechte Erfahrungen mit einem Bürgerentscheid in Hamburg, erregter Widerstand der gutbürgerlichen Kräfte – all dies motiviert sie nicht, das Unvermeidliche anzugehen.

Die Gemeinschaftsschule muss die Orientierungslinie werden

Der Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz, der nun in die Debatte eingriff, ließ so manche Erkenntnis in dieser Richtung durchschimmern, wenn er einen ZEW-Wissenschaftler zitierte, der da meint, die zweite Säule neben dem Gymnasium sei nur noch mit Abitur denkbar. Und er verwies auf die IGMH, die deswegen so beliebt sei, weil sie nicht vorschnell weiterführende Optionen abschneide. Und genau darum gehe es, allen Schülern alle Optionen offen zu halten. Eine stabile Werkrealschule sei eine Illusion. Neben dem Gymnasium gebe es später nur noch eine echte und eine unechte Gemeinschaftsschule.

Dieses Votum richtet sich eindeutig, aber nicht konsequent gegen selektive Schulsysteme, ohne eine praktikable und logische Konsequenz Richtung Gemeinschaftsschule zu ziehen.

Der OB intervenierte gegen den Vorschlag des Dezernats und damit der Schulentwicklungskommission mit folgendem Vorschlag: Für die Standorte Ebert und Geschwister Scholl solle bis Ende des Jahres entschieden werden, ob an diesen Standorten weiterführende Schulen eingerichtet werden „als Verbund-, als Real- oder als Gemeinschaftsschulen“. Diesem Vorschlag folgte der Ausschuss.

Nicht zu vergessen: Drei Werkrealschulen hatten auch Pläne und vor allem die Bereitschaft geäußert für die Errichtung von Gemeinschaftsschulen (Humboldt-, Duden- und Pfingsberg-Schule). Es besteht also die Option auf fünf Gemeinschaftsschulen.

Die Linke wird hier nicht locker lassen. Die geplanten und weitere Werkrealschulschließungen sind zwar unvermeidlich, aber sie sind keine Lösung!

Der neue Gemeinderat in seiner Patt-Zusammensetzung lässt da keine neuen Impulse der großen Parteien erwarten. Aber man soll nie Nie sagen!

Thomas Trüper

Coburg. Die diesjährige Demonstration gegen den CC

Die diesjährige Demonstration gegen den sexistischen, elitären und geschichtsrevisionistischen Coburger Convent wurde seinem Aufruf „Lieber Nackt als Vollwichs“ in vollen Zügen gerecht. 121 Menschen tanzten friedlich und ausgelassen in kreativen Outfits, mit vielen Seifenblasen, Tröten etc. durch die Coburger Innenstadt. Somit konnte ein schöner Kontrast zu den edlen, einheitlich und militaristisch gekleideten Verbindungsstudenten dargestellt werden, welche sich auf derartigen Veranstaltungen vor allem über ihre Kleidung selbst definieren wollen. Sehr erfreulich war, dass dieses Konzept mehr Coburger/innen dazu motiviert hat, sich an den Protesten gegen den für sie störenden CC zu beteiligen. Dazu wurden auch Informationen an viele Passant/innen verteilt, die auch mit großem Interesse entgegengenommen wurden.

Bei den Ordnungshüter/innen kam diese friedliche und ausgelassene Grundstimmung leider nicht an. Diese gingen ihrer Aufgabe, eine bestimmte Quote an Menschen festzunehmen, pflichtbewusst nach, um ihre Existenz, also auch einen Einsatz in diesem Umfang zu rechtfertigen. Deshalb war auch in ihren Augen eine derartige Präsenz, also auch das Filmen und Abfotografieren von Demoteilnehmer/innen legitim. So wurden im Anschluss an die Demonstration mehrere Personen festgenommen, weil sie die Parole „Schießt den Burschen in die Hoden, deutsches Blut auf deutschem Boden“ gerufen haben sollen. Scheinbar sah die Polizei, die diese Parole die vergangenen zwei Jahre duldete und scheinbar keinen Straftatbestand erkennen konnte, hierin die Möglichkeit, ihre unnötige Anwesenheit zu einer Dringlichkeit hochzuspielen. Die örtliche Presse in Form von Volker Friedrich hat, wie so häufig, ein stark verzerrtes Wahrnehmungsproblem. Beispielsweise lautet die Überschrift des Artikels zu den Protesten in der *Neuen Presse Coburg*: „Vier Festnahmen bei Demo gegen den CC“. Dadurch sollen die Proteste sofort in eine kriminelle Ecke geschoben werden. Im ganzen Artikel keine Erwähnung von Menschen in bunten Outfits, Seifenblasen etc. Geradezu widerlich suggeriert er, dass es ja „feministisch“ sei, wenn bspw. Femen oberkörperfrei mit Körperbemalung protestieren, aber gleichzeitig der Sexismus ja einer der Hauptvorwürfe gegen den CC ist – er relativiert. Was nicht fair ist, denn Femen wollen doch gerade darauf aufmerksam machen: Diskriminierung eines Geschlechts indem man es zum Objekt herabstuft, für Lust, Begierde, Reproduktion usw., was sich dann

dementsprechend messen lässt und das nicht nur durch Einkommen. Dort sind die Unterschiede nämlich riesig: Es ist Fakt, dass das, was Frauen relativ gegenüber Männer weniger verdienen in Deutschland noch 23% beträgt.

Am Rande der Demo waren stets stadtbekannte Neonazis, unter anderem Mario Krauser und Stefan Fritz, zu sehen, was die Polizei nicht störte. Dies zeigt deutlich, dass der Fränkische Heimatschutz Coburg weiterhin aktiv ist. Zurzeit verstecken sie sich hinter der Facebookseite „Frei statt Bunt“, doch wir werden uns von derartigen Ausweichmanövern nicht beirren lassen.

Alles in Allem konnten wir uns durch eine kreative Demonstration viel Gehör bei der Coburger Bevölkerung verschaffen. Das aggressive Auftreten der Verbindungsstudenten und der Polizei zeigt, dass der Protest gegen den CC ein Dorn im Auge der konservativen Kräfte ist. Auch der Umgang mit Protestformen, die sich von einer geordneten, klar strukturierten Demonstration unterscheiden, zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind und unsere Kritik absolut von Nöten ist. Wir werden es uns auch in Zukunft nicht nehmen lassen, Coburg und dem CC zu zeigen, was wir von dieser Veranstaltung jedes Jahr an Pfingsten halten. *ths, Nachrichten&Standpunkte Schweinfurt*

Der Fackelmarsch des Coburger Convent

Höhepunkt des Pfingstkongresses ist der /Fackelmarsch, an dem jedes Jahr von Montag auf Dienstagabend tausende Korporierte mit Uniformen, Säbeln und Fackeln, begleitet von Marschmusik durch die Provinzstadt ziehen. Das gruselige Spektakel zeigt den rechten Konsens in Aktion und präsentiert ein schauriges Konglomerat, gebildet aus tausenden CC-lern, Neonazis und dem bürgerlichen deutschen Mob, der sich anscheinend alles anschaut, Hauptsache es ist mal wieder was los.

In der traurigen Zuspitzung des widerlichen Spektakels treffen sich alle auf dem Marktplatz. Dort angekommen werden die Fackeln in hohem Bogen in die Mitte des Platzes geworfen, wo sie sich schließlich zu einem Flammenmeer vereinen. Darauf folgend bilden die Uniformierten dann wieder eine Formation, um die Ansprache des Vorsitzenden der präsidierenden Landsmannschaft entgegen zunehmen. Um dabei und anschließend in der beeindruckenden Symbiose aus Lokalpolitiker/innen, Neonazis und Coburger Bürger/innen „ihr“ Deutschland abzufeiern, indem sie mit Inbrunst das zu ihrem Leidwesens neuerdings nur aus

einem Teil bestehende Deutschlandlied anstimmen (in früheren Jahren wurde auch die verbotene erste Strophe intoniert). Nur der Widerstand muss draußen bleiben, doch dies soll sich dieses Jahr ändern...

Eine echte Beschäftigung mit seiner eigenen Geschichte zur Zeit des Nationalsozialismus hält der CC natürlich nicht für notwendig, dies würde auch eine Reflektion der eigenen Positionen mit einschließen, eine gedankliche Ebene, die sich bei studentischen Verbindungen ohnehin keiner großen Beliebtheit erfreut. Ebenso wie sie an ihren zweifelhaften Tugenden Treue, Ehre, Vaterland festhalten, führen sie auch ihren Fackelmarsch weiter traditionell und ohne Rücksicht darauf durch, dass vor nicht allzu langer Zeit auf ähnlicher Route die SA die gleiche Art Masseninszenierung durchführte. Mit ihren Riten reproduziert der CC einen Teil des antisemitischen Geistes des Wartburgfestes weiter. Zwar werden es diesmal keine Bücher sein, die sich im Feuerkreis vereinen, sondern die Fackeln hunderter, angetrunkener Chargierter. Die Assoziation von Uniformierten, die mit Marschmusik, Fackeln und ganz viel Nationalstolz durch die Straßen ziehen, mit der NS-Zeit ist nahezu zwangsläufig. Besonders in Coburg muss man sich einer solchen Verbindung aufgrund der tiefbraunen Vergangenheit der Stadt bewusst sein. Schon 1922 zog die SA mit Hakenkreuzfahnen und musikalischer Begleitung über die Mohrenstraße, ähnlich der Strecke, die die Korporierten jährlich bestreiten. Nach blutigen Straßenschlachten zwischen den 650 SA-Männern und Linken hielt Hitler eine Rede im Hofbräuhaus. Dieses grausame Ereignis würdigte er später als „Zug nach Coburg“ in „Mein Kampf“.

Auch wenn der CC Ähnlichkeiten mit faschistischen Bräuchen stets abstreitet, transportiert der Fackelmarsch am Pfingstmontag nationalistische sowie militaristische Inhalte. Allein das Schlagwort „Vaterland“ macht den mehr als positiven Bezug auf die „eigene“ Nation deutlich. Als elitenbildende Vereinigung will der CC möglichst viele wichtige Ämter mit „national gesinnten“ Männern besetzen. Der CC nimmt heute zwar – was er dann Toleranzprinzip nennen – auch „Ausländer“ auf, dennoch stellt sich tendenziell eine Geringschätzung für Nichtdeutsche ein. Wir danken vielmehr den alliierten Siegermächten dafür, dass sie die Deutschen von der fortwährenden Auslebung ihres Vernichtungswahns abhalten konnten. Nicht zuletzt deshalb, weil wir uns der deutschen Geschichte bewusst sind, halten wir es für unsere Aufgabe, uns dem deutschnationalen Treiben auch diesmal entgegenzustellen, und den Fackelträgern den Tag zu vermiesen! *Quelle coburgerconvent.blogspot.de*

Null-Euro-Jobs: Zwangsarbeit im Auftrag der BASFI. HAMBURG. 500 Null-Euro-Jobs für Langzeiterwerbslose (amtlich: Maßnahmen nach §45 SGB III) will die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) in Hamburg einführen. Die ALG II-Beziehenden sollen vor allem produzieren, zum Beispiel in sozialen Stadtteilküchen wie dem Pottkieker auf dem Dulsberg – ohne jegliche Aufwandsentschädigung. Das bestätigt der Senat in seiner Antwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft. „Ist Hartz IV an sich schon Armut per Gesetz, laufen die Planungen von Senator Scheele auf schlichte Zwangsarbeit hinaus“, kritisiert Tim Golke, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke. „Denn wer einen Null-Euro-Job nicht annehmen kann, wird sanktioniert, bis hin zur vollständigen Streichung der Leistungen.“ Da in den stadtteilbezogenen Einrichtungen vor allem ALG II-Bezieherinnen eingesetzt werden, richten sich die Planungen der BASFI besonders gegen Frauen. Ein ähnliches Projekt wurde bereits 2010 in Köln eingeführt – und nach einem Jahr still und leise wieder eingestellt. „Ganz offenbar, weil niemand, der an dieser angeblich qualifizierenden Maßnahme teilgenommen hat, dadurch tatsächlich den Weg in Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden hat“, erklärt Golke. „Wir brauchen keine alten, untauglichen Konzepte auf Kosten von vielen Hamburgerinnen und Hamburgern und ihren Familien. Wir brauchen einen sozialen Arbeitsmarkt, der freiwillig ist, ohne Sanktionen auskommt, qualifiziert und notfalls auch dauerhaft ist.“ Dazu müsse dieser soziale Arbeitsmarkt tariflich entlohnt werden und versicherungspflichtig in allen Zweigen der Sozialversicherung sein. www.die-linke-hamburg.de

Die Linke lehnt Praxis der Kölner Polizei ab – Definition von „gefährlichen Orten“ ermöglicht Willkür und Rassismus: KÖLN. Es gehört zu den Grundsätzen des demokratischen Rechtsstaates, dass die Bürger nicht vor der Polizei „stramm stehen“ müssen. Deshalb ist selbst die Überprüfung der Identität („Ausweis-kontrolle“) nicht jederzeit und beliebig durch Polizeibeamte möglich. Hier muss die Verhältnismäßigkeit gewahrt werden, denn normalerweise erfordert eine solche Kontrolle konkrete Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit. In einer unter Juristen durchaus umstrittenen Regelung im §12 des Polizeigesetzes wird dieses Prinzip dadurch aufgeweicht, dass an bestimmten Orten auch anlasslose Identitätskontrollen möglich sind. Dazu erklärt der Kölner Fraktionsvorsitzende Jörg Detjen: „Ich wusste nichts von diesen sogenannten Gefahrenzonen in

Köln; der Polizeipräsident anscheinend auch nicht. Als ich Herrn Albers anlässlich einer umstrittenen Polizeiaktion in Hamburg danach fragte, versicherte er mir, das gäbe es in Köln nicht.“ Die Regelungen sind äußerst schwammig, besonders in Nordrhein-Westfalen. Das Polizeigesetz enthält auch keine Regelung darüber, wer diese Orte wie bestimmt. Nach einem Bericht des *Kölner Stadt-Anzeigers* kann in Köln sogar jeder einzelne Polizist jederzeit jeden Ort als einen „gefährlichen Ort“ definieren und entsprechend handeln. Jörg Detjen kommentiert: „Das ist geradezu eine Einladung zu Polizeiwillkür! Um Missbrauch zu verhindern, brauchen wir ein nachvollziehbares, transparentes Verfahren. Die Linke fordert die Polizei auf, die ‚gefährlichen Orte‘ im Internet zu veröffentlichen und täglich zu aktualisieren.“ www.linksfraktion-koeln.de/

Wohnungsneubau ankurbeln und Investitionen gezielt erleichtern – Wohngeld anpassen! BERLIN. Der Deutsche Städte-tag sieht in dem heute in Berlin verabredeten Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen einen wichtigen Impuls zur Bekämpfung des Wohnungsmangels. In einer Reihe von attraktiven Groß- und Universitätsstädten ist die Wohnungsknappheit ein zunehmendes Problem, dem begegnet werden muss, bestätigt Oberbürgermeisterin Barbara Bosch, Stellvertreterin des Präsidenten des Deutschen Städtetages aus Reutlingen: Nach Jahren der Abwanderung der Bevölkerung aus Großstädten ins Umland, nimmt die Stadtbevölkerung vielerorts in geradezu rasantem Maße zu. 25 der 30 größten deutschen Städte sind nach einer Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) seit dem Jahr 2000 teilweise beträchtlich gewachsen. Die zwölf Städte mit dem größten Wachstum verbuchten Bevölkerungszuwächse zwischen 5 und 12 Prozent. Dieser Trend wird sich in den nachfragestarken Städten noch bis mindestens Ende des Jahrzehnts fortsetzen. Die Wohnungsnachfrage wird zusätzlich beflügelt vom Trend zu immer mehr Singlehaushalten und durch die wachsende Anzahl Studierender. „Aus Sicht der Städte ist es zur Behebung des Wohnraum Mangels besonders wichtig, den Bau neuer, bezahlbarer Wohnungen durch öffentliche, private und genossenschaftliche Investoren zu erleichtern und zu fördern. Dafür sollten die Länder ihre Wohnraumförderprogramme verbessern und zielorientierter gestalten“, so Bosch. Die Anspannung der Wohnungsmärkte zeigt sich deutlich in der Mietpreisentwicklung. So stiegen etwa die Angebotsmieten im Bundesdurchschnitt von 2010 bis 2011 um 2,9 Prozent – in den 20 Städten mit den höchsten Steigerungsraten im gleichen Zeitraum dagegen um 5 bis 10 Prozent, wobei

Großstädte und Universitätsstädte hier die höchsten Anstiege verzeichnen mussten.

www.staedtetag.de

TTIP: Daseinsvorsorge darf nicht unter die Räder kommen: BERLIN. Das Präsidium des Deutschen Landkreistages will mit Blick auf die avisierte Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen durch den Abbau von Handelshemmnissen und gesteigerte Investitionen im Wirtschaftsgebiet beider Kontinente konstruktiv die Verhandlungen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) begleiten. Es forderte aber, die Verbraucherinteressen angemessen zu berücksichtigen und das hohe Niveau der entsprechenden europäischen Schutzstandards zu wahren. Präsident Landrat Reinhard Sager sprach sich für einen transparenten und offenen Diskurs über das Ausmaß von Liberalisierungsverpflichtungen aus. „Es ist unbedingt notwendig, angesichts der direkten Betroffenheit die Landkreise, Städte und Gemeinden regelmäßig über den aktuellen Verhandlungsstand zu informieren und eine kommunale Einbindung sicherzustellen. Das können und dürfen wir erwarten, wenn es um derart gewichtige Verhandlungen geht!“ Es sei insbesondere darauf acht zu geben, dass bei dem Abkommen die kommunale Daseinsvorsorge unbehelligt bleibt und bereits erreichte europarechtliche Ausnahmen bei Ausschreibungen etwa im Bereich des Rettungsdienstes oder der Wasserversorgung Bestand haben. Das Präsidium forderte in diesem Zusammenhang die Kommission auf, auch Vertreter der kommunalen Ebene bzw. öffentlicher Dienstleistungen in die bestehende Beratergruppe zu berufen. „Wir werden darauf achten, dass bei den Verhandlungen über TTIP der Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge angemessen Berücksichtigung findet“, machte Sager deutlich. „Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD sieht das ausdrücklich vor.“ Um Einschränkungen der Vielfalt der Erbringungsformen kommunaler Daseinsvorsorgeleistungen durch Marktzugangsverpflichtungen zu vermeiden, forderte Sager die Aufnahme einer Ausnahme für öffentliche Dienstleistungen, die nicht der Liberalisierung unterliegen. „Unser besonderes Augenmerk liegt außerdem bei den Vergaben öffentlicher Aufträge und Dienstleistungskonzessionen, bei denen erst kürzlich ausdrücklich für die Rettungsdienste, die Wasserversorgung sowie für die interkommunale Zusammenarbeit europarechtliche Ausnahmen etabliert worden sind. Dabei muss es bleiben und es darf nicht dazu kommen, dass diese Ergebnisse über TTIP durch die Hintertür wieder zurückgedreht werden.“ www.landkreistag.de

(Zusammenstellung: ulj)

Jugendaktionstag in Mannheim: Junge Metaller fordern bessere Bildung für alle

Am 5. Juni 2014 rief die IG Metall-Jugend in Baden Württemberg unter dem Motto „Move it! Gemeinsam für Weiterbildung“ zum landesweiten Aktionstag auf.

Zu Beginn des Jahres hat die IG Metall-Jugend junge Beschäftigte und Studierende zu Bildung und Weiterbildung befragt. Mehr als 7000 Auszubildende, Studierende und junge Beschäftigte haben geantwortet und zahlreiche Missstände angeprangert.

Ihre zentralen Forderungen sind: Mehr Geld für Weiterbildung, bessere Berufsschulen, Hochschulen und Universitäten sowie ein Bildungszeitgesetz. Für diese Forderungen macht die IG Metall-Jugend jetzt mobil. Um 15 Uhr starteten die Kundgebungen zeitgleich in Aalen, Esslingen, Friedrichshafen und Mannheim.

Die Veranstaltung in Mannheim fand auf der Neckarwiese (Collinisteg) in unmittelbarer Nähe zu den Mannheimer Berufsschulen statt. Am Aktionstag in Mannheim beteiligten sich auch die IG Metall-Jugend aus Bruchsal, Gaggenau, Heidelberg, Karlsruhe und Pforzheim.

Zu Wort kamen an diesem Tag die jungen Menschen, die auf die (Bildungs-) Situation in den Berufsschulen, Hochschulen und an den Universitäten hinweisen möchten.

„Oftmals scheitert die persönliche Weiterbildung vieler junger Menschen an der Finanzierung. Wir fordern deshalb mehr Geld und mehr Zeit für Weiterbildung, etwa in Form einer Weiterbildungsteilzeit“, sagte Daniel Warkocz, Jugendsekretär der IG Metall Mannheim. „Durch unseren Aktionstag wollen wir unsere Bildungsthemen in die Gesellschaft tragen“, so Daniel Warkocz weiter.

Auch der Zustand der Berufsschulen beschäftigt die Auszubildenden. Dies betrifft sowohl die Lehrerversorgung und die Qualität des Unterrichts als auch die Ausstattung sowie den baulichen Zustand der Berufsschulen. „Der Investitionsstau an den Berufsschulen muss abgebaut werden. Hierbei dürfen die Kommunen nicht alleine gelassen werden. Junge Menschen brauchen ein gutes Lehr- und Lernumfeld an den Schulen“, so Reinhold Götz, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Mannheim.

IG Metall Mannheim, 5.6.2014

Riesiger Erfolg: Tarifvertrag für dual Studierende bei Eaton Technologies

Noch vor drei Jahren gab es bei Eaton weder einen Betriebsrat noch einen Tarifvertrag. Doch dann haben die Beschäftigten bei Eaton einen Entschluss gefasst, dass es so nicht weitergehen

kann. Sie wendeten sich an die IG Metall. Nach einer guten Vorbereitung und Abstimmung mit der Belegschaft, war es der Gewerkschaft ein besonderes Anliegen, dass es keine Ausnahmen gibt und die dual Studierenden von den guten Tarifregelungen profitieren sollen. Alles andere wäre aus Sicht der IG Metall nicht fair gewesen.

Die Beschäftigten des Filterherstellers Eaton Technologies in Altlußheim haben im Frühling 2014 zusammen einen Tarifvertrag im wahrsten Sinne des Wortes erkämpft. „Vorher wurden die Kolleginnen und Kollegen nach Nasenfaktor bezahlt, es gab kein transparentes Entgeltsystem, gleiche Tätigkeiten wurden sehr unterschiedlich entlohnt, dann haben sie sich entschlossen diesen unhaltbaren Zustand zu ändern“, so Klaus Stein, zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Mannheim.

Bei Eaton verdienen die Beschäftigten durchschnittlich 38 Prozent weniger als in anderen tarifgebundenen Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie. Es ist erst drei Jahre her, da wendeten sich ein paar enttäuschte Kollegen von Eaton an die IG Metall. Es gab damals nicht mal einen Betriebsrat. Dieser wurde dann trotz Widerstand der Geschäftsleitung gewählt. Es war nun möglich auf gesetzlicher Grundlage die Interessen der Belegschaft zu vertreten. „Wir konnten auf einmal ganz offiziell Missstände an-

sprechen und mussten nicht um unsere Arbeitsplätze fürchten“, so ein Betriebsratsmitglied bei Eaton Technologies. So gut die Mitbestimmung durch die Betriebsratswahl auch war, gab noch ein weiteres Problem bei Eaton: die niedrige Bezahlung. Bei der guten wirtschaftlichen Lage des Unternehmens wollten die Beschäftigten endlich einen Tarifvertrag. Mehr als zehn Tarifverhandlungen und Gespräche, vier Betriebsversammlungen und ein Warnstreik waren schließlich nötig, um zu einem Ergebnis zu kommen, das die schrittweise Einführung der Tarifverträge der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württembergs vorsieht. Das alles ging nur, weil die Beschäftigten zusammengehalten haben und sich nicht von ihrem Ziel abbringen ließen. Die meisten sind in diesem Prozess in die IG Metall eingetreten. Ohne die Unterstützung der Gewerkschaft hätte es keinen Tarifierfolg geben können.

Als besonderen Erfolg freut sich die Jugend- und Auszubildendenvertreterin Sarina Laier darüber, dass der Tarifvertrag auch für dual Studierende gilt: „Dass wir es bei Eaton in Altlußheim mit der IG Metall geschafft haben, dass auch für die dual Studierenden der Haustarifvertrag gilt und sie den Auszubildenden gleichgestellt sind, sehe ich als riesigen Erfolg. Da die IG Metall in der Fläche für einen Tarifvertrag für dual Studierende kämpft, könnte das gute Beispiel hier bei Eaton bald Schule auch für andere Betriebe machen.“

IG Metall Mannheim, 26.6.2014

Mitteilung der Europäischen Kommission zu Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz – 2014 bis 2020

Zur Überraschung der interessierten Kreise hat die Europäische Kommission kurz vor ihrem Amtsende am 6. Juni eine Mitteilung „über einen Strategischen Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2014-2020“ veröffentlicht (KOM2014 332 endgültig), ein Dokument, das eigentlich Ende 2012 hätte präsentiert werden müssen. Das 19-seitige Papier (deutsche Version) gliedert sich in sechs Kapitel.

Die ersten beiden Kapitel behandeln „Hintergrund“ und „Bestandsaufnahme und zeigen deutlich die Defensive der Generaldirektion Beschäftigung und soziale Angelegenheiten innerhalb der Kommission. Fast flehentlich wird betont, dass betrieblicher Arbeitsschutz sich rechnet und die Wettbewerbsfähigkeit stärken kann.

Das dritte Kapitel beschäftigt sich dann mit den Herausforderungen, denen der Arbeitsschutz sich gegenübergestellt sieht. Drei Dimensionen werden genannt:

- Bessere Umsetzung der Rechtsvorschriften in den Mitgliedsstaaten
- Verbesserung der Prävention arbeitsbedingter Erkrankungen durch die Bekämpfung bestehender, neuer und aufkommender Risiken
- Bewältigung des demographischen Wandels

Insbesondere die Gewerkschaften waren es, die an der letzten Kommissionsstrategie zum Arbeitsschutz kritisiert hatten, dass berufsbedingten Erkrankungen viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt würde. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass die Zahl der jährlichen Unfalltoten heute deutlich unter 4000 liegt, während die Zahl der durch berufsbedingte Erkrankungen Verstorbenen bei 159.500 (IAO-Schätzung) liegt. Zwar sind in diesem Zusammenhang keine konkreten Ziele benannt, das Thema ist jetzt aber deutlich benannt. Insgesamt ist die Beschreibung der „Herausforderungen“ jedoch äußerst schwach. War noch in dem letzten Papier ein eige-

nes Kapitel der Frage gewidmet, wie der Arbeits- und Gesundheitsschutz in anderen Politikfeldern der EU aufzunehmen und zu berücksichtigen sei, wird jetzt nur noch lose die Verbindung zu anderen Politikbereichen benannt. Die Frage prekärer Beschäftigungsverhältnisse und ihre negative Auswirkung auf Arbeitsschutz und Arbeitsschutzstrukturen war ebenfalls deutlich herausgearbeitet und diesmal nur sehr vage thematisiert.

Kapitel vier listet dann sieben strategische Ziele auf:

- Weitere Konsolidierung der nationalen Strategien
- Erleichterung der Einhaltung von Rechtsvorschriften ... , insbesondere in Kleinst- und Kleinunternehmen
- Bessere Durchsetzung der Rechtsvorschriften
- Vereinfachung der bestehenden Rechtsvorschriften
- Bewältigung der Herausforderungen der Alterung der Erwerbsbevölkerung, neuer und aufkommender Risiken sowie Prävention arbeitsbezogener und berufsbedingter Erkrankungen

- Verbesserung der Erhebung statistischer Daten und Weiterentwicklung der Informationsgrundlage und schließlich
- Bessere Koordinierung der Anstrengungen auf EU- und internationaler Ebene

Die ersten drei Schwerpunkte sind sicherlich begründbar, denn der europäische Rechtsrahmen zum Arbeitsschutz ist zwar gut, aber er muss auch in betriebliche Praxis umgesetzt werden, und da tun sich Schwierigkeiten auf.

Der vierte Punkt ist dann aber klar durch die generelle Politik der Kommission bestimmt = Deregulierung im Arbeitsschutz. (Siehe auch den Artikel auf S. 16/17 in PB 12/2013 zum Deregulierungsprogramm REFIT der Kommission.) Nicht ein konkretes Gesetzesvorhaben ist benannt.

Sicherlich hatte der britische Premier Cameron auch deshalb so viel Wind um die Kandidatur Junkers gemacht, um seinen Anforderungen an die künftige Programmatik des Rates und der Kommission mehr Gewicht zu verleihen – und seine ausgemachte Gegnerschaft gegen die EU-Zuständigkeit

in dem Feld der Arbeitsbeziehungen ist bekannt. Das jetzt vorgelegte Papier ist nicht zuletzt ein Kuckucksei für die neue Kommission, der damit ihre Arbeitsgrundlage für die nächsten Jahre präsentiert wurde. Die neue Kommission hat allerdings durchaus Möglichkeiten Anpassungen vorzunehmen. Drei Regierungen (Belgien, Deutschland und Österreich) haben in einem gemeinsamen Brief den noch amtierenden Kommissar Andor aufgefordert, endlich die Richtlinie zu krebserzeugenden Arbeitsstoffen zu revidieren. Und die italienische Ratspräsidentschaft kündigte an, auf dem nächsten Gipfel eine Resolution zur neuen Arbeitsschutzstrategie vorzulegen. Ebenfalls das Parlament wird eine Resolution zum Kommissionsdokument vorbereiten. Die Linke hat hier die Gelegenheit, den Gegenstand angemessen im Parlament zu bearbeiten. Das MEP Thomas Händel (Die Linke) ist Vorsitzender des Beschäftigungsausschusses im Parlament geworden und hat somit den nötigen Einfluss auf die künftige Tagsordnung. Korrekturen sind also möglich. *Rolf Gehring*

Dokumentiert

DGB: Keine Ausnahmen beim Mindestlohn

Zu dem Mindestlohn-Gesetzesentwurf sagte Reiner Hoffmann, DGB-Vorstandsmitglied, am Mittwoch in Berlin:

„Der DGB lehnt die vorgesehenen Ausnahmen für Langzeitarbeitslose und junge Leute unter 18 ab. Diese Ausnahmen sind willkürlich, diskriminierend und widersprechen dem Gleichbehandlungsgrundsatz des Grundgesetzes. Junge Menschen brauchen eine gute Ausbildung, um später ihr Leben selbstbestimmt gestalten zu können. Hier stehen die Unternehmen in der Pflicht, ausreichende Ausbildungsplätze bereitzustellen. Die Ausnahme vom Mindestlohn ist dafür keine Lösung. Auch Langzeitarbeitslose brauchen Förderung und Unterstützung sowie eine Chance auf einen guten Arbeitsplatz. Sie für sechs Monate nach Aufnahme einer Beschäftigung vom Mindestlohn auszunehmen, ist stigmatisierend und bedeutet, dass sie künftig als Billiglohnreserve ausgenutzt werden. Auch hier haben die Arbeitgeber eine besondere Verantwortung. Wer die Fachkräfte für morgen sichern will, muss in die Menschen und ihre Potenziale investieren, statt sie mit Hungerlöhnen abzuspiesen. Die vorgesehene Ausnahmeregelung für Langzeitarbeitslose macht das Gegenteil, und es ist ein Drehtüreffekt zu befürchten, bei dem ein Langzeitarbeitsloser nach sechs Monaten durch den nächsten ersetzt wird.“

Ein gesetzlicher Mindestlohn hat die Aufgabe, die Existenz für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sichern. Wir erwarten, dass im Gesetzgebungsverfahren noch nachgebessert wird. Denn Würde kennt keine Ausnahmen.“

Mindestlohn gibt dem Wirtschaftswachstum Schwung: Ab dem kommenden Jahr gilt der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro. Das wird sich unmittelbar bemerkbar machen: im Portmonee vieler Beschäftigter, beim Wirtschaftswachstum und auf dem Arbeitsmarkt. Der Mindestlohn wird die Konjunktur stärken – und das sorgt für mehr Arbeitsplätze. Die Forscherinnen und Forscher des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung geben eine positive Prognose für das

Wirtschaftswachstum in 2014 und 2015 ab. Für dieses Jahr erwarten sie ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 1,8 Prozent und für 2015 von 2,3 Prozent.

Mindestlohn spielt wesentliche Rolle: 2015 wird der dann neu eingeführte gesetzliche Mindestlohn dabei eine wesentliche Rolle spielen, so die ForscherInnen: Ein Großteil des Aufschwungs werde aus der Inlandsnachfrage gespeist, allein die Hälfte aus privaten Konsumausgaben. Die wiederum hängen von den verfügbaren Einkommen ab. Und die werden laut IMK im kommenden Jahr 2015 um vier Prozent steigen – davon geht allein ein Prozent auf den Mindestlohn zurück.

Hunderttausende Arbeitsplätze mehr: „Vom verbesserten konjunkturellen Umfeld wird auch der Arbeitsmarkt profitieren“, heißt es bei der Hans-Böckler-Stiftung: Das IMK geht davon aus, dass die Zahl der Erwerbstätigen 2015 um 240 000 Personen zunimmt.

www.dgb.de

Die Linke: Merkel hat den flächendeckenden Mindestlohn verhindert

Können Sie sich noch an die Mindestlohndebatte im letzten Jahr erinnern? Immer wieder hatte die Bundeskanzlerin Merkel darauf hingewiesen, dass sie einen einheitlichen und flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ablehnt. In der letzten Woche hat der Bundestag nun das von der Bundes-

regierung eingebrachte Tarifautonomiestärkungsgesetz und damit Regelungen zum Mindestlohn beschlossen. Und wir müssen feststellen: Angela Merkel hat sich durchgesetzt. Denn was der Bundestag beschlossen hat, ist kein allgemeiner Mindestlohn, sondern ein Flickenteppich. Ein Flickenteppich

mit sehr großen Maschen. Durch diese, so hat der DGB vorgerechnet, fallen drei Millionen Menschen. Fakt ist also: Die Bundesregierung verweigert drei Millionen Menschen den Mindestlohn. Soweit, so schlecht.

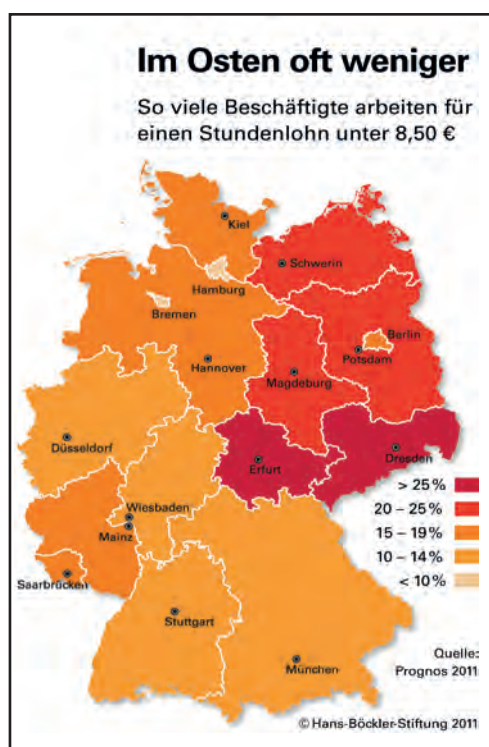
Gut ist, dass es jetzt endlich auch in Deutschland einen Mindestlohn geben wird. Obgleich kein anderes westeuropäisches Land einen derart großen Niedriglohnsektor hat wie die Bundesrepublik, reagierte der Gesetzgeber sehr spät und erst unter großem gesellschaftlichen Druck. Das bedeutet: Deutschland bleibt vorerst Schlusslicht und unter seinen ökonomischen Möglichkeiten. Hier wurde der Mindestlohn mit so vielen Ausnahmen durchlöchert, wie in keinem anderen europäischen Land. Jugendliche unter 18 Jahren sind komplett ausgenommen

eine untere Haltelinie, um Arbeit vor maßloser kapitalistischer Profitgier zu schützen. Das hat jedoch erst einmal nichts mit dem eigentlichen Wert der Arbeit zu tun. 8,50 Euro brutto pro Stunde spiegeln den Wert von Arbeit in keiner Branche wieder. Es geht also in erster Linie um den Schutz der Beschäftigten und um ihre Würde. Absolut inakzeptabel ist es deshalb, wenn die Bundesregierung sich von der Arbeitgeberlobby diktieren lässt, wessen Würde weniger Wert ist. Die Würde eines Menschen ist kein Gnadenbrot und darf nicht nach Gutdünken der Bundesregierung verschleudert werden. Alle jetzt vom Mindestlohn ausgenommenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben das Recht auf Arbeit und Gerechtigkeit.

Mir haben die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die in den letzten Wochen vor dem Bundestag demonstriert haben, mit ihrem Slogan aus dem Herzen gesprochen: Würde kennt keine Ausnahmen.

Die zur Schau gestellte Selbstzufriedenheit der SPD nach der Abstimmung des Mindestlohns ist mir vor diesem Hintergrund unbegreiflich. Sie war mit Kanzler Schröder und ihrer Agenda-Politik maßgeblich daran beteiligt, dass sich der Niedriglohnsektor so rücksichtslos in unserem Land ausgebreitet hat. Auch heute arbeitet jeder fünfte Vollzeitbeschäftigte bei uns im Niedriglohnbereich. Die vielen SPD-Mitglieder, die in der Mitgliederbefragung im letzten Jahr dem Koalitionsvertrag zugestimmt haben, taten das vor allem wegen dem Mindestlohn. Von den großen Maschen und den vielen Menschen, die jetzt leer ausgehen, stand in diesem Koalitionsvertrag keine Silbe. Die Linke hat sich in der letzten Woche im Bundestag bei dem so genannten Tarifautonomiestärkungsgesetz enthalten. Wir haben

dies in dem Wissen getan, dass es gleichwohl ein Erfolg der Gewerkschaftsbewegung ist, dass es nun überhaupt eine gesetzliche Lohnuntergrenze gibt, auch wenn sie löchrig und viel zu niedrig ist. Die Enthaltung verstehen wir aber als Ansage an die anderen Parteien: Wir werden das Thema nicht aus den Augen lassen, wir werden unbeirrt für die notwendigen Verbesserungen streiten. Natürlich müssen die Ausnahmen aus dem Gesetz so schnell wie möglich verschwinden, und es muss eine Anhebung des Mindestlohns erfolgen. Das ist im Interesse nicht nur der Niedriglohnbeschäftigten, sondern aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Denn nur ein stabiler Mindestlohn kann generell die Grundlage für Einkommenszuwächse sein, auch in den mittleren Gehaltsgruppen.



genauso wie Langzeitarbeitslose und Praktikantinnen und Praktikanten während der ersten sechs beziehungsweise drei Monate der Beschäftigung. Durch Tarifverträge sind Abweichungen nach unten möglich. Das kehrt die Idee von Tarifverträgen völlig ins Gegenteil und die Gewerkschaften werden zu Handlangern von Lohndumping gemacht. Zeitungszustellerinnen und -zusteller erhalten den Mindestlohn erst ab dem Jahr 2017 und bei Saisonarbeiterinnen und -arbeitern können Kost und Logis auf den Mindestlohn angerechnet werden. Das sind geradezu feudalistische Strukturen des letzten Jahrhunderts. Willkommen im Absurdistan des großkoalitionären Mindestlohns.

Die Idee des Mindestlohns ist nach wie vor richtig und wichtig. Wir brauchen

Jutta Krellmann, gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, im Bundestag

Zeitungsverleger sehen Tausende Jobs in Gefahr.

www.handelsblatt.com.

Sa., 12.7.14. ... Die Kritik am Mindestlohn reißt auch nach der Billigung durch den Bundesrat nicht ab. Bundesweit seien die Jobs von 16 000 Zeitungszustellern in Gefahr, sagte der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, Dietmar Wolff, den „Ruhr Nachrichten“. Die für die Zusteller ausgehandelten Übergangsregelungen griffen viel zu kurz. Bei der Umstellung auf das Stundenlohn-Prinzip drohe „ein Bürokratiemonster“, sagte Wolff weiter.

Die Verlage stünden ab 2017 vor einer jährlichen Mehrbelastung von 220 Millionen Euro. „Das führt dazu, dass zwei Millionen Haushalte in Deutschland nicht mehr betriebswirtschaftlich sinnvoll mit Zeitungen beliefert werden können.“

Gut eine Woche nach dem Bundestag hatte der Bundesrat am Freitag die Neuregelung gebilligt. Damit müssen ab dem kommenden Jahr bundesweit 8,50 Euro pro Stunde gezahlt werden. Ausnahmen gibt es für Jugendliche, Langzeitarbeitslose und Praktikanten. Sonderregelungen werden für Zeitungszusteller und Saisonarbeiter eingeführt. Einzelne Branchen dürfen bis Ende kommenden Jahres von den 8,50 Euro abweichen.

OECD: Mindestlohn hilft „Lumpenproletariat“.

www.faz.net. Sa., 12.7.14. Die mächtige Industrieländer-Organisation OECD warnt vor einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich. Und lobt den Mindestlohn in Deutschland. Der beiseitige Zustände, die für ein Land wie die Bundesrepublik unwürdig seien. In Deutschland hält Gurria die Einführung des am Freitag auch vom Bundesrat beschlossenen Mindestlohns von 8,50 Euro für sinnvoll ...

„Er wird die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands nicht gefährden“, sagte der Generalsekretär der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Damit gehe die Politik ein Problem an, das nicht sehr bekannt sei: „Dass es nämlich ein Lumpenproletariat gibt, einen sehr schlecht ausgebildeten und schlecht bezahlten Teil der Arbeiterschicht“, führte Gurria aus. „Der lebt und arbeitet unter Bedingungen, die man in einem Land wie Deutschland nicht unbedingt erwarten würde.“

Zusammenstellung: tja

Die Geschichte der Ukraine (Teil 3)

Dieser letzte Teil über die Geschichte der Ukraine behandelt die Zeit vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gründung eines ukrainischen Staates 1991. Danach kommt die Gegenwart dieses Landes, das seine Probleme aus der Geschichte übernommen hat und diese nun aktuell selber klären muss. Dazu wären weitere Darstellungen über die anliegenden militärischen, politischen und kulturellen Fragen nach meiner Meinung wünschenswert.

XII. Der zweite Weltkrieg

1. Mittäter und Opfer der Faschisten

„Als Täter und Opfer waren Ukrainer an den moralisch verurteilungswürdigen Erscheinungen des Zweiten Weltkriegs beteiligt“ (Golczewski S. 241). Die enge Beziehung zu Deutschland, der NSDAP und dem Hitlerfaschismus wurden von der Hoffnung genährt, mit ihrer Hilfe ein eigenes ukrainisches Staatsgebiet errichten zu können und im Laufe des Krieges und des Sieges über die verhassten Polen und Juden, sowie über das angrenzende Böhmen und Ungarn, zumindest in den westlichen Bereichen ukrainische Gebiete zurück zu gewinnen. Dafür machten sich vor allem die nationalistisch gesinnten „Ukrainischen Nationalisten“ (OUN) und die konservativen Vertreter der „Organisation für die Staatliche Wiedergeburt der Ukraine“ (ODVU, mit Sitz in New York) stark.

Das faschistische Berlin dachte gar nicht daran, solche Wunschträume zu erfüllen, doch diese Organisationen ließen sich nicht davon abbringen auf die deutschen Nazis zu setzen. Bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei 1939 errichteten die Nazis ein eigenes „Protektorat Böhmen“ und überließen die „frei“ gewordene Karpato-Ukraine den Ungarn. Nach dem Überfall auf Polen wurde im deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vereinbart, Ostgalizien den Sowjets zu unterstellen. Dazu gehörte auch ein geplanter – allerdings kaum vollzogener freiwilliger Bevölkerungsaustausch von Ukrainern aus dem deutsch besetzten Gebiet in die Sowjet-Ukraine. Der zuständige Ukrainische Hauptausschuss (UCK) drückte dem Generalgouverneur Hans Frank am 19. April 1940 weiterhin seine Loyalität aus, obwohl der ukrainische Bevölkerung in diesen Gebieten politische Betätigung verboten wurde. Der rassistische Diffamierung der Deutschen gegenüber den slawischen, folglich auch den ukrainischen „Untermenschen“, wurde dadurch begegnet, dass ukrainische Politiker die These aufstellten, Ukrainer seien weder Slawen noch eine von durchziehenden Völkern entstandene Mischrasse, son-

dern ein eigenes, sesshaftes, autochthones Volk.

Als 1941 der deutsch-sowjetischen Krieg begann, standen sich die Ukrainer auf beiden Seiten als Soldaten, Milizen, Partisanen und propagandistische „Marschtruppen“ gegenüber. Die nationalistischen OUN-Angehörigen wurden in Wehrmachtsuniform durch die Legionen „Nachtigall“ und „Roland“ und durch die „SS-Galizien Nr.1“ in Schlesien, Polen und Weißrussland eingesetzt. Ab 1943 konnten sie nicht nur nach Westen sondern auch in Richtung Osten gegen die bisherige kommunistische und sowjetische Vormachtstellung in ihrem Land agieren: „im nationalen Interesse gegen die bolschewistische Gefahr“. Als Einsatzgruppen C und D dienten sie im polizeilichen „Sicherheitsdienst“ (SD) und bei den SS-Schutzmannschaften, bewachten Judenghettos und Konzentrationslager und nahmen an Massenvernichtungen teil (z.B. beim Massaker an 100 000 Einwohnern Kiews in Babi Jar). Nach dem Versuch, 1941 nun doch eigenmächtig einen ukrainischen Staat wiederherzustellen, landete die abgespaltene OUN-B schließlich selbst im Konzentrationslager Sachsenhausen und die Vermutung liegt nahe, dass die OUN-M dabei geholfen hat. Die Nazis richteten ab 1941 das Generalgouvernement Krakau ein und unter dem ostpreußischen NSDAP-Gauleiter Erich Koch das Reichskommissariat Ukraine (RKU). Sie unterstanden direkt dem Großdeutschen Reich. Aus diesen Gebieten wurden über eine Million Ukrainer als Zwangsarbeiter nach Deutschland verschleppt. Gegen Ende des Krieges spekulierten die ukrainischen Kollaborateure damit, dass die wohl siegreichen Westmächte – von amerikanischen Exilukrainern unterstützt – ihnen das geben würde, was ihnen von den Deutschen verweigert worden war: einen eigenen ukrainischen Nationalstaat.

2. Unterstützer der Sowjetunion

Auf Seiten der Roten Armee standen seit dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 zahlreiche ukrainische Partisaneneinheiten, nach 1945 von den Sowjets besonders hoch gelobt und zu Nationalhelden (z.B. Sidor Kovpak) erklärt. Sie rekrutierten sich vor allem aus den Vertretern der Kommunistischen Partei und dem sowjetischen Staatsapparat der Ukrainischen SSR, aber auch aus solchen, die die Ermordung sowjetischer Kriegsgefangener und die rassistischen Gräueltaten an der Bevölkerung miterlebt hatten. Die Verweigerung einer Bodenreform durch

die Deutschen und die Verschickung von Zwangsarbeitern trieben vor allem die Bauern in die Wälder zu den nationalen und sowjetischen Partisanenverbänden. Die mörderischen Attacken der kämpfenden Ukrainer auf beiden Seiten – gegen die jeweils nahenden deutschen oder sowjetischen Feinde und Besatzer – forderte bei der Bevölkerung in den Dörfern und Städten des Landes einen ungewöhnlich hohen Blutzoll. 1944 war fast die gesamte Ostukraine durch die Rote Armee von den Deutschen befreit, im Westen ein halbes Jahr später. Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und Entlassene aus dem KZ führten zu riesigen Flüchtlingsströmen in der Ukraine. Die Alliierten einigten sich mit Stalin darauf, alle Betroffenen in ihre bisherigen Gebiete zurück zu lassen. Für die Hilfstuppen und Verbände, die Partisanen und Kollaborateure, die auf deutscher Seite gestanden hatten, bedeutete dies unter sowjetischer Kontrolle Bestrafung, Verbannung und Deportation.

XIII. Die Nachkriegszeit: verbrannt – zerstört – wieder aufgebaut

1945 – 1953: Die Ukraine in der Sowjetunion

Über drei Jahre hatten die Ukraine und Weißrussland die Hauptlast des Krieges getragen. „Nach sowjetischen Schätzungen kamen 5,3 Millionen ihrer Bewohner ums Leben, 2,3 Millionen wurden zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt, wo ebenfalls Tausende umkamen. Der größte Teil der jüdischen Bevölkerung von 2,7 Millionen fiel den deutschen Vernichtungskommandos zum Opfer... Auch die materiellen Schäden gehörten zu den schwersten in ganz Europa. Bei ihrem Rückzug hinterließen die Deutschen „verbrannte Erde“: 700 ukrainische Städte, 28 000 Dörfer waren ganz oder teilweise zerstört, die Verkehrswege unterbrochen, die Industrieanlagen vernichtet oder schon 1941 in den Osten der Sowjetunion gebracht worden... der Landmaschinen- und Zugviehbestand erheblich dezimiert.“ (Wendland, Golczewski, S. 269).

Die Konferenz von Jalta legte fest, dass die bisher umstrittenen Gebiete von Ostgalizien, Westwolynien, die (bisher rumänische) Nordbukowina, Südbessarabien und das (bisher tschechoslowakische) Transkarpatische Gebiet der zukünftigen „Ukrainischen Sowjetrepublik“ gehören sollte. Die Bevölkerung dieser neu geordneten Gebiete unterlag allerdings auf beiden Seiten einer Zwangsumsiedlung und Vertreibung. Dadurch wurden

die Jahrhunderte andauernden geografischen Konflikte zu Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei zwar annähernd – im Interesse der Ukraine – bereinigt, das kann aber kaum als bevölkerungsfreundliche Methode und akzeptabler Lösung angesehen werden. Die ostukrainischen Gebiete wurden bereits 1943 von der Sowjetunion zurückerobert. Stalin sorgte dafür, dass der neue ukrainische Staat sowie Weißrussland und die Russische Sowjetunion sofort nach 1945 als Gründungsmitglieder in die Vereinten Nationen aufgenommen wurden. Eine eigenständige Außenpolitik zu betreiben, blieb der Ukraine aber natürlich versagt. Sie war nach den Jahrhunderten der zaristischen und sowjetischen Herrschaft nun wieder für ein weiteres halbes Jahrhundert „brüderlich“ mit der (Russischen) Sowjetunion vereint und ihr wirtschaftlich, politisch und kulturell unterworfen.

Im Osten der neuen „Sowjetischen Ukraine“ hatte die siegreiche Sowjetunion bereits seit 1943 mit dem Wiederaufbau begonnen. Aber der westliche Teil dieses neuen Staates war von vornherein für sie ein „fremdes“ Element mit völlig anderen politischen, kulturellen und religiösen Traditionen. In den westlichen Gebieten von Galizien, Wollynien, der Bukowina und den Karpaten erschwerten die weiterhin agierende nationalistischen UPA, das private Bauerntum und die westlich geprägte griechisch-katholische National-Kirche eine effektive Integration. Deshalb wurden sie bis in die fünfziger Jahre auch wie ein besetztes Feindesland behandelt und mit massivem militärischen Aufgebot versehen. Die Papst-Kirche war wegen ihrer verdächtig guten Verbindungen in den Westen Europas zunehmend Repressionen ausgesetzt und wurde schließlich 1946 auf einem (staatlichen) Konzil dem Russisch-Orthodoxen Moskauer Patriarchat unterstellt. Nun unterdrückten im umgekehrten Sinn wie bisher die Orthodoxen die Katholiken.

Unter der Vorherrschaft der Sowjetunion erreichte die SSR immerhin wirtschaftlich bald wieder einen Höchststand, ja überflügelte sogar den industriellen Standard der Vorkriegszeit. Alte Maschinen und Anlagen erfuhren eine gewaltige Modernisierung. Am Wachstum hatte allerdings die

Rüstungsproduktion – für den Kalten Krieg – den höchsten Anteil mit 85%, ihr folgten die Bergwerksbetriebe. Beides kam jetzt auch dem industriell rückständigen ukrainischen Westen zugute. Für den Arbeitskräftebedarf wurden vorwiegend ukrainische und russische Facharbeiter eingestellt. Allmählich verbesserte sich die Lage der Bevölkerung. Um die durch den Krieg fast vollständig zerstörte Landwirtschaft neu zu organisieren, wurde zwangskollektiviert und „Agrostädte“ eingerichtet. Eine große Hungersnot konnte 1946 dadurch allerdings nicht verhindert werden, zumal beide Systeme bei der Mehrheit der Bauern auf Widerstand stieß. Darauf wurde in den folgenden Jahren mit einer stalinschen Verfolgungswelle und einem „Kulturkampf gegen alles Fremde, d.h. Nicht-russische reagiert – die „Schwarzen Tage der Ukraine“. Der in der Ukraine geborene, dort vorher schon in der uk-

Zusammen mit Berija und Malenkov bewirkte dieses Dreier-Kollektiv eine Liberalisierung der Sowjetunion, die besonders vom „Ukrainischen Apparat“ bestimmt wurde. Das Land galt – nicht zuletzt wegen seiner industriellen militärischen Ressourcen als privilegierter „Juniorpartner Russlands“. Sowohl die Stalinopfer als auch die ukrainische Sprache wurden in der Öffentlichkeit rehabilitiert. Zahlreiche bisher mundtot gemachte avantgardistische Literaten meldeten Reformen an. Ein neues Schulgesetz billigte die Wahlfreiheit des Sprachunterrichts in den nichtrussischen Republiken zu. Dennoch hatten Akademiker ohne Russischkenntnisse auch weiterhin geringere Bildungs- und Aufstiegschancen. In der Wirtschaft gerieten Kiew und Moskau in Konflikt miteinander, weil 1954 eine gewisse Dezentralisierung vonstatten gegangen war und 1957 regionale Volkswirtschaftsräte die



„Die Befreiung der Ukraine“, ein Foto aus dem Buch „Der Krieg im Osten 1941-1945“, Pahl-Rugenstein-Verlag 1981 und der Fernsehserie „Der unvergessene Krieg“

rainischen KP tätige Chruschtschow versuchte Schlimmstes zu verhindern – wie er in einem Geheimpapier 1956 erklärte. Aber auch er verlor 1947 die Gunst Stalins und musste gehen, allerdings durfte er bald danach zurückkehren. Die Ukrainische KP überstand die Säuberungswelle der Stalinzeit auch deshalb relativ ungeschoren, weil sie von alten Partisanenclans zusammengehalten wurde.

1953 – 1963 Liberalisierung unter Chruschtschow

Mit dieser „Hausmacht“ konnte Chruschtschow sich 1953 in der Nachfolge Stalins erfolgreich durchsetzen.

Entscheidungsprozesse bestimmten. Es wurde vermehrt in den Konsumgütersektor investiert, was sich auch auf eine Steigerung des Lebensstandards auswirkte. Neue Anbaumethoden in der Landwirtschaft hatten hingegen keinen Erfolg, dazu trug auch der Abzug von Traktoren-Stationen zugunsten Kasachstans bei.

1963 – 1975 Die Bleierne Zeit

Der Sturz Chruschtschow im Jahr 1963 beendete die Reformdiskussionen und -maßnahmen. Jetzt mussten die ukrainischen Studenten sich wieder für die Verteidigung der ukrainischen Sprache und gegen Nachteile beim

sozialen Aufstieg einsetzen (1965 mit einer großen Demonstration in Kiew). Aus verschiedenen Bereichen wurden Appelle von zahlreichen Intellektuellen an das westliche Ausland gerichtet, um auf die Repressionen gegen namhafte Oppositionelle (z.B. Ivan Dzyuba) hinzuweisen und Unterstützung gegen die erneute „Russifizierung“ zu bekommen. Untergrundpublikationen wie etwa der „Ukrainischer Bote“ wurden zum Sprachrohr der bekannten Dissidentenbewegung. Eine erste Natur- und Umweltbewegung manifestierte sich (Oles Honcars Roman „Die Kathedrale“). Und gleichzeitig gab es wirtschaftliche Probleme, weil die Sowjetunion in der Ostukraine große Verluste in der Schwerindustrie hinnehmen musste. Sie hatte zentral auf Investitionen in Sibirien und im Fernen Osten umorientiert. Die ultrakonservativen Kommunisten im zentralen Apparat reagierten auf diese neuen Probleme mit einer ideologischen Kampagne gegen „Zionismus“ und „Verwestlichung“.

1975 – 1989 Menschenrechte und Perestrojka

1975 unterzeichnete die Sowjetunion in Helsinki die KSZE-Schlussakte und verpflichtete sich zur Einhaltung der Menschenrechte und Bürgerfreiheiten im eigenen Land. Die Dissidenten gründeten eine „Ukrainische Helsinki-Gruppe“ und leisteten von nun an Widerstand in organisierter Form. Erst 1986 nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl begann sich eine größere Kritik- und Demokratiebewegung zu etablieren. Die Evakuierung zehntausender von Menschen aus dem verseuchten Gebiet und die Erkrankung hunderttausender verstrahlter Menschen setzte einen Schlussstrich unter die bisherige ökonomische, ökologische und politische Identität mit dem sowjetischen System. Die nach dem Unfall betriebene Vertuschung wirtschaftlicher, gesundheitlicher und sozialer Probleme brachte spätestens ab 1989 eine ukrainische „grüne Protestbewegung“ (Zelenyi Svit) ins Rollen, die sich – trotz Verbots „anderer Themen“ bei der Anti-Atom-Demonstration in Kiew 1988 – auch auf andere Bereiche ausdehnte. Selbst die im Untergrund existierende „Katakomben-Kirche“ schloss sich an und forderte die Wiedereinrichtung einer „Ukrainisch-Autokephalen Orthodoxen Kirche“ (UAPC) in Kiew.

In der Ostukraine fanden 1989 erste große Streiks für Lohnerhöhungen, Verbesserungen der Arbeitssicherheit und die Bildung freier Gewerkschaften statt. Erstmals beteiligten sich an diesen Protestbewegungen nicht nur die Kumpels im widersätzlichen Westen sondern auch die in den russischsprachigen Gebieten. 1989 verlangte

eine „Volksbewegung der Ukraine für die Perestrojka“ (kurz Ruch genannt) eine souveräne Ukraine. In ihr sollten alle Bürger, ob Ukrainer, Polen, Russen, Juden und sämtlich dort lebenden Minderheiten in einer Nation vereint werden.

XIV. Unabhängiger Staat

1991 scheiterten Anfang des Jahres zwei Unions-Referenden für den Erhalt und den Verbleib in der Sowjetunion. Als in Moskau im August desselben Jahres Militärs, KGB und Konservative zu putschen versuchten, wurde dies zu einer Angelegenheit Russlands erklärt, auch der ukrainische Parlamentspräsident Kravcuk verzögerte zumindest ein Eingreifen, sowohl in Moskau als auch in Kiew. Per Parlamentsbeschluss erklärten kurz darauf die bisher pro-russischen konservativen sowjetischen Abgeordneten die Ukraine zum unabhängigen Staat.

Es folgten noch im selben Jahr die Präsidentschaftswahlen, die der „zögerliche“ Kravcuk gewann, weil er sich inzwischen auf die Seite der Opposition gestellt hatte. Viel wichtiger war aber das darauf folgende „Votum der Wähler für eine unabhängige Ukraine“. Die durchschnittlich 90% ige Zustimmung war überwältigend. Selbst die russisch dominierte Krim entschied sich mit über der Hälfte der Stimmen für den eigenen ukrainischen Staat. Alle Einwohner des Landes wurden zu vollberechtigten Mitgliedern erklärt und eine liberale Minderheitenpolitik „mit international vorbildlichem Charakter“ installiert. Auf Initiative Kravcuks gründeten die drei slawischen Republiken Weißrussland, Russland und die Ukraine kurz darauf die „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“ (GUS).

Die Ukraine hatte einen jahrhundert alten Traum vom eigenen unabhängigen Staat verwirklicht und konnte, bzw. musste sich nun daran machen, ihre zukünftigen Probleme selber zu klären: mit der ehemaligen Sowjetunion über die Krim und die Schwarzmeerflotte, mit den umliegenden Staaten Weißrussland, Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Moldavien über akzeptable Grenzen, über die internationalen Beziehungen und Bündnisse in Ost und West, über die Entwicklung der eigenen Wirtschaft und ihre zukünftige Energie- und Umweltpolitik, über die Bildung neuer demokratischen Organisationen und Rechtsnormen, über die Förderung von Sprache und Kultur und vieles mehr – bis heute hin.

Edda Lechner, Norderstedt

Quelle: Frank Golczewski, HRG: Geschichte der Ukraine“, 1993
Teil 1 siehe Pol. Ber. 5/2014
Teil 2: siehe Pol. Ber. 6/2014



PROBLEME DER VÖLKER DES MITTLEREN OSTENS UND MÖGLICHE LÖSUNGSANSÄTZE

Leseprobe aus:

Demokratischer Konföderalismus

von Abdullah Öcalan

(...) In den vergangenen zwei Jahrhunderten ist der Nationalismus in den Gesellschaften des Mittleren Ostens geschürt worden. Die nationalen Fragen sind nicht gelöst, sondern vielmehr in allen gesellschaftlichen Bereichen verschärft worden. Statt produktiven Wettbewerb zu betreiben, erzwingt das Kapital im Namen des Nationalstaats Kriege und Bürgerkriege. (...)

Die nationale Frage ist kein Hirngespinnst der kapitalistischen Moderne. Nichtsdestotrotz war es die kapitalistische Moderne, welche die nationale Frage der Gesellschaft aufgezwungen hat. Die Nation hat die religiöse Gemeinschaft ersetzt. Allerdings muss der Übergang zu einer nationalen Gesellschaft gemeinsam mit der Überwindung der kapitalistischen Moderne erfolgen, wenn die Nation nicht der Deckmantel repressiver Monopole bleiben soll.

So negativ die Überbewertung der nationalen Kategorie im Mittleren Osten ist, so ernst wären die Konsequenzen einer Vernachlässigung des kollektiven nationalen Aspekts. Daher sollte dieses Thema nicht ideologisch, sondern mit wissenschaftlichen Methoden behandelt werden und nicht nationalstaatlich, sondern auf der Grundlage des Konzepts der demokratischen Nation und des demokratischen Kommunismus. Eine derartige Vorgehensweise birgt in sich die zentralen Elemente der demokratischen Moderne.

In den vergangenen zwei Jahrhunderten ist der Nationalismus in den Gesellschaften des Mittleren Ostens geschürt worden. Die nationalen Fragen sind nicht gelöst, sondern vielmehr in allen gesellschaftlichen Bereichen

verschärft worden. Statt produktiven Wettbewerb zu betreiben, erzwingt das Kapital im Namen des Nationalstaats Kriege und Bürgerkriege.

Kommunalismus wäre eine Alternative zum Kapitalismus. Unter demokratischen Nationen, die nicht um Machtmonopole kämpfen, kann er in einer Region, die bisher nur das Feld blutiger Kriege und Völkermorde gewesen ist, den Frieden bringen.

In diesem Zusammenhang können wir von vier Mehrheitsnationen sprechen: Araber, Perser, Türken und Kurden. Ich möchte Nationen nur ungern in Mehr- und Minderheiten einteilen, weil ich dies unangemessen finde. Aus demografischen Überlegungen heraus werde ich den Begriff Mehrheitsnationen jedoch verwenden. Im selben Kontext können wir auch von nationalen Minderheiten sprechen.

1. Es gibt mehr als zwanzig arabische Nationalstaaten, die die arabische Gemeinschaft spalten und ihren Gesellschaften durch Kriegführung schaden. Das ist einer der Hauptfaktoren, der für die Entfremdung von kulturellen Werten und die scheinbare Aussichtslosigkeit in der nationalen arabischen Frage verantwortlich ist. Diese Nationalstaaten sind noch nicht einmal in der Lage gewesen, eine länderübergreifende Wirtschaftsgemeinschaft zu bilden. Sie sind der Hauptgrund für die problematische Situation der arabischen Nation. Ein religiös motivierter Stammesnationalismus zusammen mit einer sexistischen patriarchalen Gesellschaft durchdringt alle Gesellschaftsbereiche und führt zu ausge-

prägtem Konservatismus und Kadavergehorsam. Niemand glaubt, dass die Araber in der Lage sein werden, eine arabische nationale Lösung für ihre inneren und länderübergreifenden Probleme zu finden. Allerdings könnten Demokratisierung und ein kommunalistischer Denkansatz eine solche Lösung bieten. Ihre Schwäche gegenüber Israel, das die arabischen Nationalstaaten als einen Konkurrenten ansehen, ist nicht nur auf internationale Unterstützung durch die Hegemonialkräfte zurückzuführen, sie ist vielmehr das Ergebnis starker demokratischer und kommunaler Institutionen innerhalb Israels. Im Laufe des letzten Jahrhunderts ist die Gesellschaft der arabischen Nation durch radikalen Nationalismus und Islamismus geschwächt worden. Das Wesen einer kommunalistischen Gesellschaft ist trotzdem nicht ganz unbekannt. Es sind dort noch immer Reste einer natürlichen Gesellschaft lebendig. Zusammen mit einem demokratisch-nationalen Bewusstsein mag es auf lange Sicht Wege zur Befreiung geben. Wenn sie es schaffen, kommunalen Sozialismus, der ihnen nicht fremd ist, mit dem Verständnis von einer demokratischen Nation zu verbinden, dann können sie in der Lage sein, eine sichere, langfristige Lösung für sich zu finden.

2. Die Türken und Turkmenen bilden eine weitere einflussreiche Nation. Sie teilen mit den Arabern ein ähnliches ideologisches Machtverständnis. Sie sind strikte Etatisten und tief geprägt von einem religiösen und rassischen Nationalismus. Aus soziologischer

Sicht sind Türken und Turkmenen ziemlich unterschiedlich. Die Beziehungen zwischen Turkmenen und der türkischen Elite gleichen den gespannten Beziehungen zwischen Beduinen und arabischer Elite. Erstere bilden eine Schicht, deren Interessen mit Demokratie und Kommunalismus vereinbar sind. Die nationalen Probleme sind recht komplex.

Es herrschen das Machtstreben des Nationalstaates, ausgeprägter Nationalismus und eine sexistische patriarchale Gesellschaft, wodurch sich eine äußerst konservative Gesellschaft ergibt. Die Familie gilt als die kleinste Zelle des Staates. Individuen wie Institutionen haben diese Perspektive übernommen. Türkische und turkmenische Gemeinschaften führen einen Machtkampf. Andere ethnische Gruppen sind einer ausgesprochenen Unterwerfungspolitik ausgesetzt. Die zentralistischen Machtstrukturen des türkischen Nationalstaates und die rigide offizielle Ideologie haben bis heute eine Lösung der kurdischen Frage verhindert. Die Gesellschaft wird in den Glauben versetzt, es gäbe keine Alternative zum Staat. Es besteht kein Gleichgewicht zwischen dem Individuum und dem Staat. Gehorsamkeit gilt als die größte Tugend.

Im Gegensatz dazu bietet die Theorie der demokratischen Moderne allen nationalen Gemeinschaften in der Türkei eine angemessene Herangehensweise zur Lösung ihrer nationalen Probleme an. Das auf der Gemeinschaft basierende Projekt einer demokratischen türkischen Konföderation würde so-

Inhalt

I. VORWORT

II. DER NATIONALSTAAT

A. Grundlagen

1. Nationalstaat und Macht
2. Der Staat und seine religiösen Wurzeln
3. Bürokratie und Nationalstaat
4. Nationalstaat und Homogenität
5. Nationalstaat und Gesellschaft

B. Ideologische Grundlagen des Nationalstaates

1. Nationalismus
2. Positivistische Wissenschaft
3. Sexismus
4. Religiosität

C. Die Kurden und der Nationalstaat

III. DEMOKRATISCHER KONFÖDERALISMUS

A. Partizipation und die Vielfalt der politischen Landschaft

9	B. Das gesellschaftliche Erbe und das Anhäufen	
11	historischen Wissens	25
11	C. Moralisches und politisches Bewusstsein	26
11	D. Demokratischer Konföderalismus und ein	
12	demokratisches politisches System	28
14	E. Demokratischer Konföderalismus und Selbstverteidigung	30
15	F. Demokratischer Konföderalismus kontra Kampf um	
16	Hegemonie	32
17	G. Demokratisch-konföderale Strukturen in globalem	
17	Maßstab	33
18	H. Fazit	34
18	IV. PRINZIPIEN DES DEMOKRATISCHEN	
20	KONFÖDERALISMUS	36
21	V. PROBLEME DER VÖLKER DES MITTLEREN	
23	OSTENS UND MÖGLICHE LÖSUNGSANSÄTZE	38
24	SCHRIFTEN ABDULLAH ÖCALANS	49

DEMOKRATISCHER KONFÖDERALISMUS – Abdullah Öcalan – Internationale Initiative Edition/Mesopotamien Verlag, ISBN 9783941012486, reis: 2,00 Euro. Erscheinungsdatum: 1. Auflage 2012. Broschüre, 48 Seiten im Format 185x110mm

KURZBESCHREIBUNG: In dieser Broschüre entwickelt Abdullah Öcalan systematisch sein politisches Projekt, den demokratischen Konföderalismus. Auf eine fundamentale Kritik am Nationalstaat folgt eine Beschreibung dessen möglicher Alternative, einer transnationalen Basisdemokratie. – Der Text dieser Broschüre wurde aus Öcalans jüngsten Büchern zusammengestellt, die noch nicht in deutscher Übersetzung vorliegen. Kaufen auch bei: <http://www.amazon.de/dp/3941012487>

wohl ihre innere Einheit stärken als auch die Voraussetzungen für eine friedliche Koexistenz mit den Nachbarn schaffen. In Bezug auf gesellschaftliche Zusammengehörigkeit haben Grenzen ihre frühere Bedeutung verloren. Ungeachtet geografischer Grenzen ermöglichen heutige moderne Kommunikationsmittel eine virtuelle Einheit zwischen Individuen und Gemeinschaften, wo immer sie sich auch befinden. Eine demokratische Konföderation der türkischen nationalen Gemeinschaften könnte einen Beitrag zum Weltfrieden und zum System der demokratischen Moderne darstellen.

3. Die kurdische nationale Gesellschaft ist überaus komplex. Die Kurden sind weltweit die größte Nation ohne einen eigenen Staat. Sie haben sich seit dem Neolithikum in ihren heutigen Siedlungsgebieten niedergelassen. Landwirtschaft und Viehzucht wie auch ihr Vermögen, sich unter Ausnutzung der geografischen Vorteile ihrer gebirgigen Heimat zu verteidigen, halfen ihnen, als autochthones Volk zu überleben. Die kurdische nationale Frage erwächst aus der Tatsache, dass ihnen ihr Recht auf Souveränität verweigert worden ist. Andere versuchten sie zu assimilieren, zu vernichten und verleugneten schließlich rundweg ihre Existenz. Keinen eigenen Staat zu haben, hat seine Vor- und Nachteile. Die Auswüchse staatlicher Kulturen sind nur begrenzt übernommen worden. Dies kann nützlich sein bei der Realisierung alternativer gesellschaftlicher Konzepte jenseits der kapitalistischen Moderne. Ihr Siedlungsgebiet wird durch die nationalen Grenzen von vier Staaten geteilt und liegt in einer geostrategisch wichtigen Region, was den Kurden einen strategischen Vorteil bietet. Sie haben keine Chance, mithilfe von Staatsmacht eine nationale Gesellschaft zu bilden. Zwar gibt es heute ein kurdisches politisch eigenständiges Gebilde in Irakisch-Kurdisten, dabei handelt es sich aber nicht um einen Nationalstaat, vielmehr um ein halbstaatliches Gebilde.

Kurdisten war auch armenischen und aramäischen Minderheiten zur Heimat geworden, bevor sie Genoziden zum Opfer fielen. Außerdem gibt es kleinere Gruppen Araber und Türken. Selbst heute noch leben dort viele verschiedene Religionen und Glaubensrichtungen nebeneinander. Dort besteht ebenfalls in Ansätzen eine Klan- und Stammeskultur, dabei fast keine städtische Kultur.

Alle diese Eigenschaften sind ein Segen für die Bildung demokratischer politischer Formationen. Kommunale Genossenschaften in der Landwirtschaft wie auch in der Wasserwirtschaft und auf dem Energiesektor bieten sich als ideale Produktionsweise an. Die Situation ist auch für die Entwicklung einer

moralischpolitischen Gesellschaft von Vorteil. Selbst die patriarchale Ideologie ist hier weniger tief verwurzelt als in den benachbarten Gesellschaften. Dies ist für die Etablierung einer demokratischen Gesellschaft, in der Freiheit und Gleichberechtigung der Frauen eine der tragenden Säulen zu bilden haben, von Vorteil. Es bietet außerdem die Voraussetzungen für die Schaffung einer demokratischen, umweltfreundlichen Nation in Einklang mit dem Paradigma der demokratischen Moderne. Der Aufbau einer auf multinationalen Identitäten beruhenden demokratischen Nation ist angesichts der Sackgasse Nationalstaat die ideale Lösung. Die entstehende Einheit könnte zu einer Blaupause für den gesamten Mittleren Osten werden und sich dynamisch auf Nachbarstaaten ausbreiten. Wenn die benachbarten Nationen von diesem Modell überzeugt werden, wird dies das Schicksal des Mittleren Ostens verändern und die Chancen der demokratischen Moderne, eine Alternative zu schaffen, erhöhen. In diesem Sinne wären also die Freiheit der Kurden und die Demokratisierung ihrer Gesellschaft gleichbedeutend mit der Freiheit der ganzen Region und ihrer Gesellschaften.

4. Die Gründe für die heutigen Probleme der persischen oder iranischen Nation sind auf die Interventionen der historischen Kulturen und der kapitalistischen Moderne zurückzuführen. Obwohl ihre ursprüngliche Identität Ergebnis der zoroastrischen und der mithraischen Tradition war, sind diese von einer Variante des Islam ausgelöscht worden. Der als die Synthese von Judentum, Christentum und Zoroastrismus mit griechischer Philosophie hervorgegangene Manichäismus konnte sich nicht gegen die Ideologie der offiziellen Kultur durchsetzen. Tatsächlich gelang es ihm lediglich, die Tradition der Rebellion zu nähren. In jüngerer Zeit wurde die islamische Tradition in das schiitische Glaubensbekenntnis umgewandelt so als jüngste zivilisatorische Ideologie adaptiert. Gegenwärtig gibt es Modernisierungsbestrebungen, indem die Elemente der kapitalistischen Moderne durch ihren schiitischen Filter gepresst werden.

Die iranische Gesellschaft ist multiethnisch und multi-religiös und mit einer reichen Kultur gesegnet. Alle nationalen und religiösen Identitäten des Mittleren Ostens sind dort zu finden. Diese Vielfalt steht in starkem Kontrast zum Hegemonieanspruch der Theokratie, die einen subtilen religiösen Nationalismus pflegt. Zudem scheut sich die herrschende Klasse nicht vor anti-modernistischer Propaganda, wann immer sie ihren Interessen dient. Revolutionäre und demokratische Tendenzen sind von der traditionellen Zivilisation integriert worden. Ein despotisches

Regime regiert das Land geschickt. Die negativen Auswirkungen der amerikanischen und europäischen Sanktionen sind in diesem Zusammenhang nicht ganz unwesentlich.

Trotz starker zentralistischer Anstrengungen im Iran existiert bereits eine Art Föderalismus von unten. Wenn Elemente demokratischer Zivilisation und föderalistische Elemente einschließlich Azeris, Kurden, Belutschen, Arabern und Turkmenen einander überschneiden, kann das Projekt einer »Demokratischen Föderation des Iran« daraus hervorgehen und an Attraktivität gewinnen. Frauenbewegung und kommunale Traditionen werden hier eine besondere Rolle spielen.

5. Die armenische nationale Frage beinhaltet eine der größten Tragödien, die der Vormarsch der kapitalistischen Moderne im Mittleren Osten mit sich gebracht hat. Die Armenier sind ein sehr altes Volk. Sie teilten einen Großteil ihres Siedlungsgebietes mit den Kurden. Während diese in erster Linie von Landwirtschaft und Viehzucht lebten, befassten sich die Armenier mit Kunstgewerbe und Handwerk. Ebenso wie die Kurden entwickelten auch sie eine Tradition der Selbstverteidigung. Abgesehen von einigen kurzen Phasen gründeten die Armenier nie erfolgreich einen Staat. Sie stützten sich auf die christliche Kultur, die ihnen ihre Identität und ihren Glauben an eine Erlösung gibt. Aufgrund ihrer Religion wurden sie oft vonseiten der muslimischen Mehrheit unterdrückt. Deshalb trug der entstehende Nationalismus in der armenischen Bourgeoisie Früchte. Bald gab es Differenzen mit den türkischen Nationalisten, die schließlich im Völkermord der Türken an den Armeniern endeten.

Nach den Juden sind die Armenier die zweitgrößte Volksgruppe, die vor allem in der Diaspora lebt. Die Gründung eines armenischen Staates westlich von Aserbaidschan löste jedoch die armenische nationale Frage nicht. Die Folgen des Genozids können kaum in Worte gefasst werden. Die Suche nach der verlorenen Heimat bestimmt ihre nationale Psyche und bildet den Kern der armenischen Frage. Das Problem wird durch die Tatsache verschärft, dass diese Gebiete seitdem von anderen Volksgruppen besiedelt worden sind. Kein nationalstaatsbasiertes Konzept kann eine Lösung anbieten. Es gibt dort weder eine homogene Bevölkerungsstruktur noch irgendwelche klaren Grenzen, wie sie die kapitalistische Moderne verlangt. Die Ansichten ihrer Gegner mögen faschistisch sein, doch es reicht nicht aus, nur den Völkermord in Erinnerung zu rufen. Konföderale Strukturen könnten für die Armenier eine Alternative sein. Die Gründung einer demokratischen armenischen Nation im Einklang mit dem Paradigma der

demokratischen Moderne verspricht ihnen eine Gelegenheit, sich neu zu definieren. Es könnte ihnen ermöglichen, wieder ihren Platz in der kulturellen Vielfalt des Mittleren Ostens einzunehmen. Im Falle, dass sie sich als armenische demokratische Nation erneuern, werden sie nicht nur weiterhin ihre Rolle innerhalb der mittelöstlichen Kulturspielen, sondern auch den richtigen Weg zur Befreiung finden.

6. In der Moderne erlitten die christlichen Aramäer dasselbe Schicksal wie die Armenier. Auch sie sind eines der ältesten Völker im Mittleren Osten. Sie teilten sich ein Siedlungsgebiet nicht nur mit den Kurden, sondern auch mit anderen Volksgruppen. Wie die Armenier litten sie unter der Unterdrückung durch die muslimische Mehrheit, was innerhalb der aramäischen Bourgeoisie einem Nationalismus europäischer Prägung der Weg ebnete. Letzten Endes fielen auch die Aramäer einem Genozid von türkischer Hand unter Führung des faschistischen Komitees für Einheit und Fortschritt zum Opfer. Kollaborierende Kurden hatten dabei ihre Hand im Spiel. Die nationale Frage der aramäischen Gesellschaft hat ihre Wurzeln in der Zivilisierung, hat sich aber auch mit dem Christentum und den Ideologien der Moderne weiter entwickelt. Für eine Lösung bedarf es einer radikalen Transformation der Aramäer. Ihre wirkliche Heil liegt vielleicht darin, mit der Mentalität der klassischen Zivilisation und der kapitalistischen Moderne zu brechen, sich stattdessen die demokratische Zivilisation zu eigen zu machen und ihre reichhaltige kulturelle Erinnerung als ein Element demokratischer Moderne zu erneuern, um sich selbst als »Aramäische Demokratische Nation« zu rekonstruieren.

7. Die Geschichte der Juden bringt ebenso die im Ganzen problematische Kulturgeschichte des Mittleren Ostens zum Ausdruck. Die Suche nach dem Hintergrund von Vertreibung, Pogromen und Völkermord läuft auf die Abrechnung mit der Zivilisation hinaus. Die jüdische Gemeinschaft hat die Einflüsse der alten sumerischen und ägyptischen Kulturen genauso wie die der regionalen Stammeskulturen aufgenommen. Sie hat eine Menge zur Kultur des Mittleren Ostens beigetragen. Wie die Aramäer auch fielen sie extremen Entwicklungen der Moderne zum Opfer. Vor diesem Hintergrund entwickelten jüdischstämmige Intellektuelle eine komplexe Sicht auf diese Fragen. Allerdings ist das bei weitem nicht ausreichend. Für eine Lösung der Probleme, wie sie sich heute darstellen, bedarf es einer erneuten Aneignung der Geschichte des Mittleren Ostens auf einer demokratischen Grundlage.

<http://civaka-azad.org/kurdischer-staat-cui-bono-wem-nutzt-es/>

Kurdischer Staat: „Cui bono?“ – Wem nutzt es?

Devri Çimen, Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V., 25.6.2014

In einer aktuellen und ausführlichen Abwägung von Vor- und Nachteilen eines eigenen kurdischen Staates kommen die Autor/innen zu dem Schluss: „Ein wirtschaftlich und politisch abhängiger Staat bedeutet für die KurdInnen keinen Fortschritt. Vielmehr wären sich wirtschaftlich und politisch selbst verwaltende Regionen in den jeweiligen Staaten – in Zusammenarbeit mit den weiteren dort lebenden Volksgruppen und Religionsgemeinschaften – eine sinnvollere und vor allem eine demokratischere Alternative.“

Der israelische Nationalstaat befindet sich seit seiner Gründung im Krieg. Die Parole lautet: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Feuer kann aber nicht mit Feuer bekämpft werden. Selbst wenn Israel dank internationaler Unterstützung relative Sicherheit genießt, ist dies keine nachhaltige Lösung. Nichts wird dauerhaft sicher sein, solange die kapitalistische Moderne nicht überwunden ist.

Der Palästina-Konflikt macht deutlich, dass das nationalstaatliche Paradigma nicht hilfreich ist für eine Lösung. Es ist sehr viel Blut vergossen worden; was bleibt, ist das schwere Erbe scheinbar unlösbarer Probleme. Das israelisch-palästinensische Beispiel beweist das völlige Versagen der kapitalistischen Moderne und des Nationalstaates.

Die Juden gehören zu den Kulturträgern des Mittleren Ostens. Die Verweigerung ihres Existenzrechts ist ein Angriff auf den Mittleren Osten als solchen. Ihre Umwandlung in eine demokratische Nation ebenso wie für Armenier und Aramäer würde ihre Beteiligung an einer demokratischen Konföderation des Mittleren Ostens erleichtern. Das Gemeinschaftsprojekt einer »Levantinischen Demokratischen Konföderation« wäre ein positiver Anfang. Strikte und exklusive nationale und religiöse Identitäten können sich unter diesem Projekt zu flexiblen und offenen Identitäten entwickeln. Vielleicht entwickelt sich auch Israel zu einer akzeptableren, offenen demokratischen Nation. Zweifellos müssen sich aber auch seine Nachbarn einer solchen Transformation unterziehen.

Spannungen und bewaffnete Konflikte im Mittleren Osten lassen eine Transformation des Paradigmas der Moderne unabwendbar erscheinen. Ohne sie ist eine Lösung der schwierigen gesellschaftlichen Probleme und nationalen Fragen unmöglich. Die demokratische Moderne bietet eine Alternative zu dem zur Problemlösung unfähigen System.

8. Die Vernichtung der hellenischen Kultur in Anatolien ist ein unwiederbringlicher Verlust. Die von den türkischen und griechischen Nationalstaa-

ten im ersten Viertel des letzten Jahrhunderts vereinbarte ethnische Säuberung hat ihre Spuren hinterlassen. Kein Staat hat das Recht, Menschen aus ihrem angestammten Kulturraum zu vertreiben. Dennoch bewiesen die Nationalstaaten immer wieder ihre unmenschliche Haltung in solchen Fragen. Die Angriffe auf die hellenische, jüdische, aramäische und armenische Kultur wurden verstärkt, während sich der Islam überall im Mittleren Osten ausbreitete. Dies wiederum trug zum Niedergang der mittelöstlichen Zivilisation bei. Die islamische Kultur war nie in der Lage, die entstandene Lücke zu füllen. Als die kapitalistische Moderne im 19. Jahrhundert in den Mittleren Osten vordrang, fand sie eine durch selbst zugefügte kulturelle Erosion geschaffene kulturelle Wüste vor. Kulturelle Vielfalt stärkt auch die Abwehrmechanismen einer Gesellschaft. Monokulturen sind weniger robust. Deshalb war die Eroberung des Mittleren Ostens nicht schwer gewesen. Das Projekt einer homogenen Nation, wie von den Nationalstaaten propagiert, förderte ihren kulturellen Niedergang.

9. Genauso haben die kaukasischen Volksgruppen nicht unerhebliche gesellschaftliche Probleme. Immer wieder sind sie in den Mittleren Osten eingewandert und stimulierten seine Kulturen. Sie haben fraglos einen Beitrag zu seinem kulturellen Reichtum geleistet. Das Auftauchen der Moderne ließ diese Minderheitenkulturen beinahe verschwinden. Auch sie würden ihren angemessenen Platz in einer konföderalen Struktur finden. Abschließend möchte ich noch einmal festhalten, dass die fundamentalen Probleme des Mittleren Ostens tief in der Klassengesellschaft verwurzelt sind. Sie haben sich mit der globalen Krise der kapitalistischen Moderne verschärft. Diese Moderne und ihr Anspruch auf Vorherrschaft können keinerlei Lösung bieten, ganz zu schweigen von einer langfristigen Perspektive für die Region des Mittleren Ostens. Die Zukunft gehört dem Demokratischen Konföderalismus.

<http://civaka-azad.org/probleme-der-voelker-des-mittleren-ostens-und-moegliche-loesungsansaehze/>

Gewerkschaften zum Mindestlohngesetz • Linke vor den Landtagswahlen im Herbst: „Der Osten braucht eine bessere Politik“

Bedingungslose Solidarität? 4
Linksfraktion: Spirale der Eskalation muss durchbrochen werden

AfD paktiert mit Pro NRW und NPD 5
CDUler wird mit Stimmen vom rechten Rand Bürgermeister in Köln/ Porz
Appell der Demokrat/innen: Eckpunkte für den Umgang mit Rechtsextremen in kommunalen Gremien

Auslandsnachrichten 8
Belgien: Eisenbahner streiken • Großbritannien: Streik gegen Kürzungen • Schweden: Erfolgreicher Bahnstreik • Norwegen: Neuer Konflikt in Häfen • Polen: Lidl will keine Gewerkschaft • Litauen: Gewerkschaft erzwingt Verhandlungen • Kolumbien: Busfahrer/innen Kampf für Wiedereinstellung • Philippinen: Citra Mina verletzt Menschenrechte

Aktionen ... Initiativen 10
Präsentation des GrundrechteReports 2014 • PKW-Maut bedroht Nachteilsausgleich behinderter Menschen • Faire Bürgerentscheide in Niedersachsen gestartet! • Vor 20 Jahren: Streichung von § 175 StGB Rehabilitierung der Opfer und volle Gleichstellung! • Globale Entwicklung erfordert gesellschaftliches Umdenken • Atommüll-Kommission versteckt sich vor den Bürgern

Mannheim: Ist die Gemeinschaftsschule schon wieder vergessen? 12

Coburg. Die diesjährige Demonstration gegen den CC 13

Kommunale Politik 14
Null-Euro-Jobs: Zwangsarbeit im Auftrag der Basfi. Hamburg. • Die Linke lehnt Praxis der Kölner Polizei ab – Definition von „gefährlichen Orten“ ermöglicht Willkür und Rassismus: Köln. • Wohnungsneubau ankurbeln und Investitionen gezielt erleichtern – Wohngeld anpassen! Berlin. TTIP: Daseinsvorsorge darf nicht unter die Räder kommen: Berlin.

Jugendaktionstag in Mannheim: Junge Metalller fordern bessere Bildung für alle 15

Mitteilung der Europäischen Kommission zu Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz – 2014 – 2020 15

DGB: Keine Ausnahmen beim Mindestlohn 16

Die Linke: Merkel hat den flächendeckenden Mindestlohn verhindert 16

Wirtschaftspresse 17

Die Geschichte der Ukraine (Teil 3) 18

Demokratischer Konföderalismus 20

Sommerschule der ArGe Konkrete Demokratie – soziale Befreiung: 14. bis 16. August in Erfurt

Philosophiekurs: Vom Reichsdeputationshauptschluss zur Weimarer Verfassung

Im Philosophiekurs im Januar dieses Jahres zu Säkularisierung und Religion wurde angeregt, die Thematik weiterzuführen. Mit dem Reichsdeputationshauptschluss 1803 geht das Heilige Römische Reich Deutscher Nation zu Ende. Preußisch geprägter „Kulturprotestantismus“ und katholischer „Ultramontanismus“ sind die kulturgeschichtlichen Strömungen, die diese Zeiten politischer Reaktion und der vielen Versuche, dagegen zu revoltieren, prägen. Das aufstrebende Bürgertum stand mit seinen führenden Gestalten, im Wesentlichen protestantisch geprägt, loyal zum Kaiserhaus, zum Militär und zu den Fabrikherren. Die politische Vergangenheit liegt nur scheinbar zurück in weiter Ferne. Die heutige verfassungsrechtliche Haltung zu konfessionellen Kindergärten, Hochschulen und deren staatlichen und quasistaatlichen Finanzierung ist immer noch bestimmt von der damaligen gesellschaftspolitischen Konstellation.

Karl-Helmut Lechner, ausführlichere Planung siehe ArGe-Rundbrief

Kurs Wirtschaft: Das Internet als Raum des Wirtschaftens

Unsere Diskussion über wirtschaftliche Entwicklung „am Standort“ und „im Raum“ hat uns zu dem Thema „Das Internet als Raum des Wirtschaftens“

geführt. Stichworte wie „flächendeckende Breitbandversorgung“, „Web 4.0“, „Web der Dinge“ und andere mehr bezeichnen einen Prozess, der in die soziale Organisation, die Lebensgestaltung der Einzelnen, der Familien und in die Arbeitswelt tief eingreift. Geplant sind folgende Aspekte:

Teil 1: Materialien zur technischen Grundlage. Teil 2: Unwiderstehliche Strömung? Teil 3: Standortwahl. Teil 4: Eine Anstalt des öffentlichen Rechts?

Wie sehen wir heute die Hoffnungen vieler Internetpioniere, das Netz als freien Raum zu organisieren?

Ziel unser Diskussion ist vor allem, in der zu diesen Aspekten der Internetdiskussion besonders unübersichtlichen Quellenlage etwas Orientierung zu gewinnen.

Martin Fochler, Rüdiger Lötzer. Ausführliche Planung siehe Politische Berichte 6/2014

Kurs Internationale Politik: Zur deutschen EU- und Nato-Politik vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise. Welche neueren Tendenzen zeichnen sich ab?

Die Arbeitsgruppe will an Hand der Analyse von Dokumenten und des Verlaufs deutscher, europäischer und US-amerikanischer EU- und Nato-Politik zur Aufklärung der Gründe und Ziele dieser Ostpolitik beitragen.

Hunno Hochberger, Christoph Cornides, Matthias Paykowski. Ausführliche Ankündigung siehe Politische Berichte 6/2014

Organisatorische Informationen zur Sommerschule 2014

Die Sommerschule 2014 beginnt am Donnerstag, 14.8. (14 Uhr), und dauert bis Samstag, 16.8. (18 Uhr). An einem Abend wird die ArGe-Mitgliederversammlung stattfinden. Dies bitte bei den Seminarzeiten berücksichtigen.

Wir tagen erneut in der Jugendherberge „Hochheimer Straße“, in der „JH Klingenstraße“ übernachten wir. Beide liegen nur etwa 4 Minuten Fußweg auseinander. Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705. Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 6 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg. Die Kosten für Ü/F betragen ca. 30,50 Euro/Tag und Person inkl. Kulturabgabe. Bettwäsche ist

vorhanden, bitte Handtücher mitbringen. Mittag-/Abendessen können auf Wunsch in der JH eingenommen werden. Bitte bei der Anmeldung angeben. Auf Antrag können in begrenztem Umfang auch Reisekosten übernommen werden. Wir sind wie immer als Gruppe angemeldet und haben eine gewisse Anzahl an Betten reserviert. Um die Anzahl entsprechend der Anmeldungen anpassen zu können, bitte wir euch um **Anmeldungen bis 1. Juli und nur bei hanne-reiner@onlinehome.de oder telefonisch 030-39808805**. Wir bitten darum, die An- und Abfahrtszeiten so zu legen, dass der Seminarzeitraum voll ausgeschöpft werden kann und nicht durch frühere Abfahrtszeiten weiter reduziert wird.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 14. August 2014.

Redaktionsschluss: Freitag, 8. August.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die weiteren Erscheinungstermine 2014:

18. September, 16. Oktober, 13. November, 11. Dezember.